21

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2003

Jahresmodell LIMA/99

Dezember 2001

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Stephan Kossmeier
Elizaveta Krylova
Robert Kunst
Monika Riedel
Ulrich Schuh
Edith Skriner
Andrea Weber
Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Inhaltsverzeichnis

1.	**Einleitung und Zusammenfassung**	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	**Die internationale Konjunktur**	7
2.1.	Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2.	Länderprognosen	8
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3.	**Die österreichische Außenwirtschaft**	19
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	21
4.	**Perspektiven der Inlandskonjunktur**	22
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	23
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate	24
	Abbildung: Inflationsrate	28
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001	29
5.	**Monetäre Prognose**	31
	Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	33/34
Tabellenanhang		35

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Zusammenfassung

1. Einleitung und Zusammenfassung

Konjunktur belebt sich wieder

In den letzten Monaten stellte sich die Weltkonjunktur sehr ungünstig dar. In den USA sank das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal. Die deutsche Wirtschaft schrumpft in der zweiten Jahreshälfte 2001. Der Terroranschlag vom 11. September traf die Weltwirtschaft in einer labilen Situation. Seit der Septemberprognose finden sich insbesondere in den USA auch positive Signale. Die Finanzmärkte haben die dramatischen Einbrüche nach dem 11. September wieder wettgemacht. Die Auftragseingänge in den USA entwickelten sich im November sehr günstig. Erste Schätzungen deuten eine Belebung des US-Konsums im vierten Quartal an. Der starke Rückgang der Ölpreise in den letzten Monaten stützt die Weltkonjunktur. Vor diesem Hintergrund sieht das Institut keinen Grund seine Prognose zu revidieren.

In Österreich setzte sich die abflauende Wirtschaftsdynamik im dritten Quartal fort. In den ersten drei Quartalen 2001 ist die österreichische Wirtschaft nur mehr um 1.5 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. In den nächsten beiden Quartalen ist auch noch nicht mit einer spürbaren Belebung der Wirtschaft zu rechnen. Für das heurige Jahr erwartet das Institut daher ein Wirtschaftswachstum von 1.2 %. In den Jahren 2002 und 2003 wird sich das reale BIP-Wachstum auf 1.6 % bzw. 2.3 % beschleunigen.

Ein prägendes Ereignis im Prognosezeitraum stellt die Einführung des Euro-Bargelds am 1. Jänner 2002 dar. Die vorliegende Prognose wird bereits in Euro erstellt. Das politische Projekt des Euro sollte durch fallende Transaktionskosten, höhere Preistransparenz und den Wegfall des Wechselkursrisikos in der Eurozone die Wirtschaftsdynamik unterstützen.

Der Prognose liegt folgende Einschätzung der außenwirtschaftlichen Lage zugrunde. Auf Grund der relativ stabil gebliebenen Konsumausgaben der amerikanischen Haushalte, der deutlichen Zinssenkungen und der Steuersenkung wird die amerikanische Wirtschaft auf einen soliden Wachstumskurs zurückkehren und mit 2 ½ % und 3 % in den nächsten beiden Jahren wachsen. Für die EU wird ein Wachstum von 1 ¾ % bzw. 2 % erwartet. Gestützt von der guten amerikanischen Entwicklung wird sich auch in Deutschland die Konjunktur beleben; das Wirtschaftswachstum wird 1 ¼ % bzw. 1 ½ % betragen.

Der Terroranschlag vom 11. September hat die Prognoseunsicherheit deutlich erhöht. Eine Verzögerung des Aufschwungs in den USA, sowie eine Fortsetzung der rezessiven Tendenzen in Deutschland bilden die außenwirtschaftlichen Risken dieser Prognose. In Einklang mit einer solchen Entwicklung würde die österreichische Investitions- und Exporttätigkeit gedämpft. Ein weiteres Risiko birgt die Entwicklung der heimischen Baukonjunktur, die laut Prognose den Tiefpunkt im Jahr 2001 erreicht.

Der reale private Konsum in Österreich entwickelt sich 2001 mit 1.5 % nur wenig dynamisch. Ursachen dafür sind die schwache Einkommensdynamik und die höheren Verbraucherpreise. Für nächstes Jahr ist ein Konsumwachstum von 1.7 % zu erwarten. Im Jahr 2003 sollte der Konsum wieder um 2 % steigen. Insgesamt gesehen stützt der private Konsum die Wirtschaftsentwicklung. Die schwache reale

Einkommensentwicklung im Jahr 2001 wird durch eine Rücknahme der Sparquote um einen Prozentpunkt kompensiert. Im Jahr 2002 stagniert die Sparquote und erreicht 2003 wieder das Niveau von 2001.

Die Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung brachte für das Jahr 2000 wesentliche Änderungen bei den Bruttoinvestitionen. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 11 % gestiegen sind, ist bei den Bauinvestitionen nur mehr ein Wachstum von 0.3 % festzumachen. Die gesamten Bruttoinvestitionen sind damit im Vorjahr um 3.6 % gewachsen. Im Jahr 2001 werden die Investitionen um 0.3 % schrumpfen und damit erstmals seit 1996 wieder rückläufig sein. Die schlechte Stimmung drückt auf die Ausrüstungsinvestitionen. Für 2001 erwartet das Institut eine deutliche Verlangsamung des Wachstumstempos bei diesem Aggregat auf 1.1 %. Nächstes Jahr ist eine nur schwache Belebung auf 2.5 % zu erwarten. Gegen Ende des Prognosezeitraums ist mit einem Anspringen der Investitionsdynamik zu rechnen (5.5 %). Der Bausektor befindet sich weiterhin in einer Krise. Die Bauinvestitionen werden 2001 um 2.3 % schrumpfen, nächstes Jahr ist mit einem weiteren Rückgang um 1.2 % zu rechnen; erst 2003 könnten die Bauinvestitionen wieder leicht wachsen.

Im Jahr 2000 ist die Inlandsnachfrage noch um 2.5 % gewachsen. Auf Grund der nachlassenden Konsumdynamik und der äußerst mäßigen Baukonjunktur wird die Inlandsnachfrage 2001 nur um 0.6 % zunehmen. Für die Jahre 2002 und 2003 wird ein Wachstum von 1.2 % bzw. 1.8 % erwartet.

Die drastische Abschwächung der internationalen Konjunktur drückt auf die heimische Exportwirtschaft. Nach 12.2 % im Vorjahr beträgt die Wachstumsrate der Exporte laut VGR heuer nur 2.9 %. Trotz der leichten Besserung der internationalen Konjunkturlage im nächsten Jahr wird sich der Welthandel nur mäßig beleben. In den nächsten beiden Jahren steigen die österreichischen Exporte laut VGR um 4.4 % bzw. 6.0 %. Die Warenexporte steigen im Prognosezeitraum um 4.2 %, 4.9 % und 6.5 %. Äußerst positiv entwickelt sich gegenwärtig der Reiseverkehr mit 4.8 %. Auch in den kommenden Jahren wird sich diese Tendenz mit 2 % bzw. 3 % fortsetzen. Auf Grund des schwächeren Tempos der Internationalisierung und der gedämpften Inlandsnachfrage geht auch das Importwachstum im Prognosezeitraum deutlich zurück (1.8 %, 3.7 % und 5.1 %). Die Warenimporte werden um 3.2 %, 4.2 % und 6.2 % zunehmen. Insgesamt gesehen geht damit von der Außenwirtschaft weiterhin ein positiver Wachstumsimpuls aus.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 5.7 Mrd. €. Auf Grund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik, des Wegfalls der Effekte des Energiepreisanstiegs und der Entwicklung bei der Reiseverkehrsbilanz rechnet das Institut mit einer kontinuierlichen Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 5.2 Mrd. € (2001), 4.5 Mrd. € (2002) bzw. 4.1 Mrd. € (2003).

Bei den Verbraucherpreisen ist in der zweiten Jahreshälfte eine sinkende Tendenz festzustellen. Nach 3.4 % im Mai (dem höchsten Wert seit 8 Jahren) beläuft sich die Inflationsrate im Oktober nur mehr auf 2.6 %. Während die auf Grund der BSE-Krise stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise weiterhin preistreibend wirken, dämpfen die Energiepreise die Preisentwicklung. Die Kerninflation ist aber weiterhin sehr hoch. In den nächsten Monaten dürfte sich die Inflationsdynamik weiter abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Inflationsrate laut Institutsprognose 2.7 % betragen. Auf Grund der Energiepreisentwicklung und der schwachen Konjunktur erwartet das Institut für 2002 einen Rückgang der Inflation auf 1 ¾ %.

Die Arbeitsmarktlage stellt sich gegenwärtig sehr ungünstig dar. Die Zahl der Arbeitslosen ist sprunghaft angestiegen und die Beschäftigung stagniert. Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots hat neben der Konjunkturlage zur deutlichen Erhöhung der Arbeitslosenrate in den letzten Monaten beigetragen. Nach einem Anstieg der Beschäftigtenzahl von 0.4 % im Jahr 2001 ist nächstes Jahr nur noch mit 0.2 % zu rechnen; erst 2003 wird die Beschäftigtendynamik wieder etwas anspringen (0.5 %). Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 8.000 Personen ansteigen. Auch im kommenden Jahr wird ein weiterer Zuwachs um etwa 10.500 Personen erwartet. Im Jahr 2003 könnte die Arbeitslosenzahl wieder zurückgehen. Ausgehend von 6 % im Jahr 2001 wird die Arbeitslosenquote in nationaler Definition auf 6.3 % klettern und könnte 2003 wieder auf 6 % fallen. Laut EUROSTAT-Berechnungsmethode beträgt die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum 3.9 %, 4.2 % und 4.0 %.

Die fiskalpolitische Entwicklung im Prognosezeitraum wird durch den erfolgreichen Budgetkonsolidierungskurs gekennzeichnet. Insbesondere auf Grund der deutlich höher als erwartet ausgefallenen Steuereinnahmen kann das Nulldefizit bereits 2001 erreicht werden. Für die Jahre 2002 und 2003 erwartet das Institut gegenwärtig ebenfalls ein Nulldefizit. Längerfristig gesehen ist weiterhin strikteste fiskalische Disziplin notwendig, um die Finanzierbarkeit des Staatshaushalts in Österreich zu sichern. Zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes sollten allerdings mittelfristig wirksame Maßnahmen zur Reduktion der hohen Steuerquote in Österreich gesetzt werden. Die im Konsolidierungsprogramm angeführte Lohnnebenkostensenkung ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

Wichtige Prognoseergebnisse

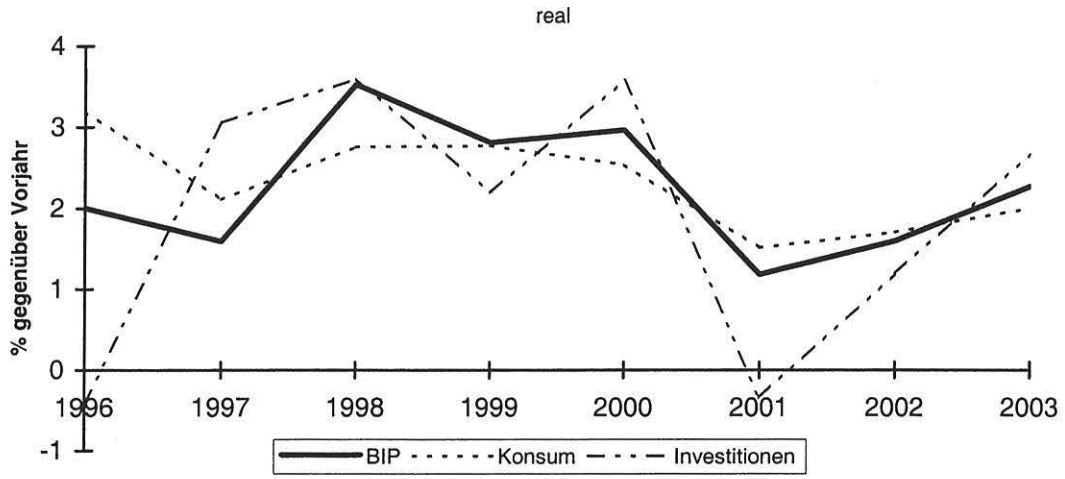
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2001	2002	2003
Bruttoinlandsprodukt, real	1.2	1.6	2.3
Privater Konsum, real	1.5	1.7	2.0
Bruttoinvestitionen insg., real	-0.3	1.2	2.7
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.1	2.5	5.5
Bauinvestitionen, real	-2.3	-1.2	1.0
Inlandsnachfrage, real	0.6	1.2	1.8
Exporte i.w.S., real	2.9	4.4	6.0
Waren, real (lt. VGR)	4.2	4.9	6.5
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	4.8	2.0	3.0
Importe i.w.S., real	1.8	3.7	5.1
Waren, real (lt. VGR)	3.2	4.2	6.2
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	3.3	0.5	1.0
Unselbständig Aktivbeschäftigte	0.4	0.2	0.5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	6.0	6.3	6.0
Arbeitslosenrate: EUROSTAT-Definition*)	3.9	4.2	4.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3.1	2.9	2.1
Preisindex des BIP	2.0	1.6	1.3
Verbraucherpreisindex	2.7	1.8	1.6
3-Monats-Euroanleihen-Rendite*)	3.9	3.0	3.9
10-Jahres-Euroanleihen-Rendite*)	5.0	5.2	5.5
Leistungsbilanz (Mrd. €)*)	-5.2	-4.5	-4.1

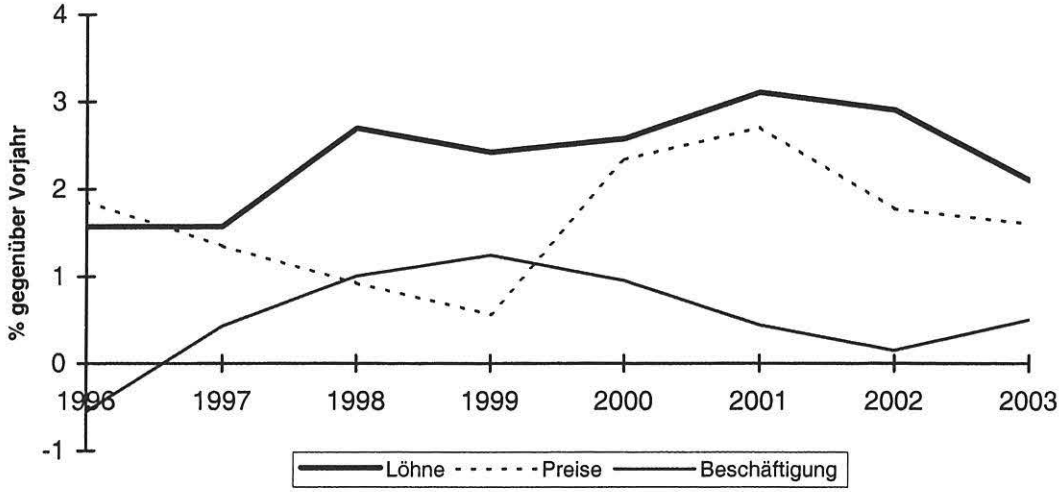
*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

BIP - Konsum - Investitionen

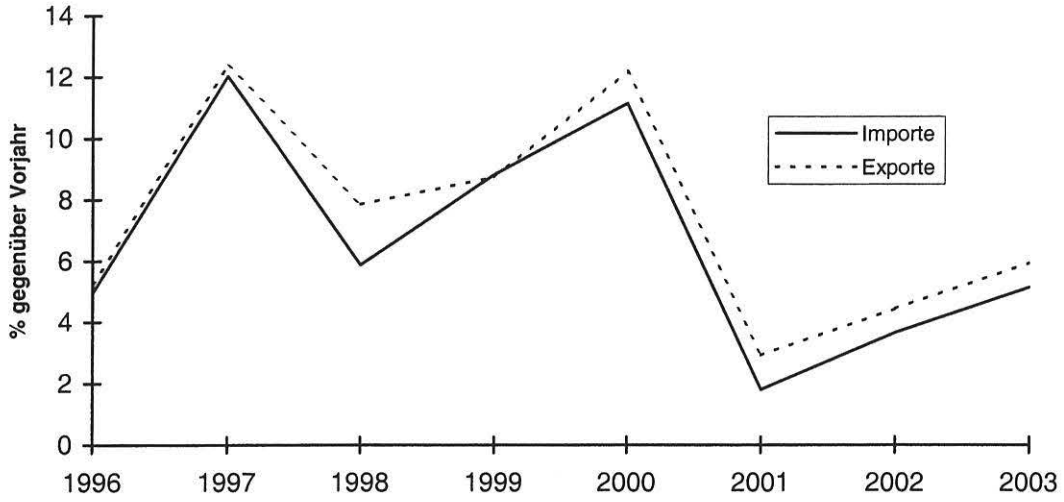


Löhne - Preise - Beschäftigung

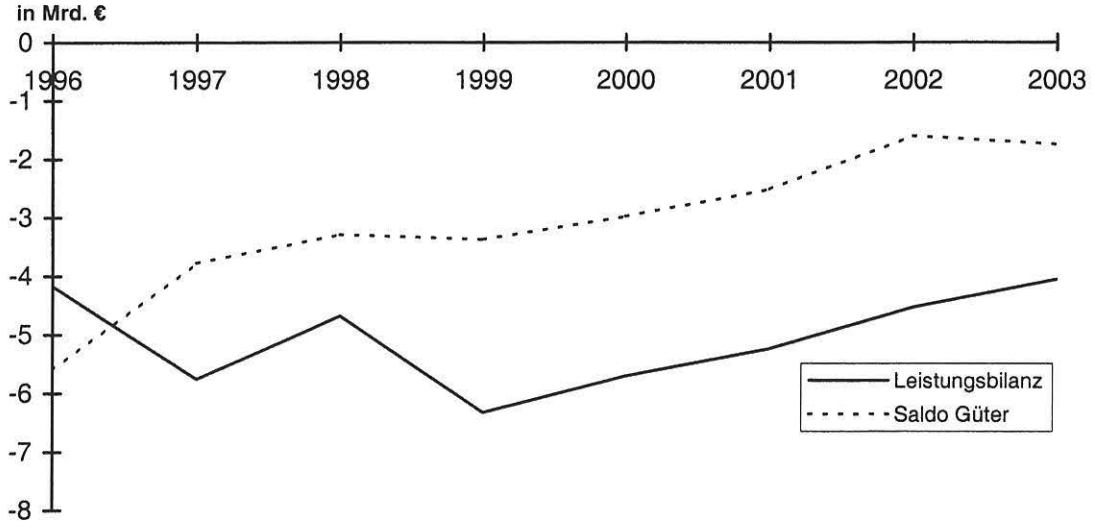


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Intern. Konjunktur

2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Im laufenden Jahr stagniert der Welthandel. Im nächsten Jahr wird sich zwar die weltweite Nachfrage wieder erholen, der Welthandel dürfte dabei nur um 3 ½ % zulegen. Dem liegt zu Grunde, dass der USD gegenüber den wichtigsten Währungen nicht wesentlich an Wert verliert und der Rohölpreis etwa 22 USD pro Fass ausmacht. Der Rohölpreis, der derzeit auf 17 USD pro Fass gefallen ist, wird voraussichtlich wieder steigen, da die OPEC angesichts der weltweit nachlassenden Nachfrage die Förderquoten für das nächste Jahr bereits zurückgeschraubt hat.

Mit Ausnahme von China und Indien gibt es im laufenden Jahr in allen Regionen der Welt gleichzeitig eine Wachstumsabschwächung. Laut IMF wächst die Weltwirtschaft um 2.4 %. Im nächsten Jahr dürften die positiven Impulse von der weltweit zu beobachtenden expansiven Geldpolitik zum Tragen kommen und eine Verbesserung der Wirtschaftslage herbeiführen. Jene Länder, die schon früh erkannten, dass die Inflationsgefahr schwindet und in Folge dessen ihre Leitzinsen senkten (USA, Vereinigtes Königreich), werden bald wieder einen Aufschwung erleben. Im Euro-Raum aber wird sich die konjunkturelle Belebung verzögern. Das Wirtschaftswachstum der OECD-Länder wird sich von 1 ½ % im laufenden Jahr auf etwa 2 ¼ % im nächsten Jahr beschleunigen.

Die allgemeine Eintrübung der konjunkturellen Aussichten in den Industrieländern hat zwangsläufig auch die Wirtschaftsperspektiven der Entwicklungs- und Schwellenländer beeinträchtigt. Die industrialisierten Länder Asiens, die mit den USA und Japan starke Handelsverflechtungen aufweisen, sind mit drastisch verschlechterten Wachstumsaussichten für das kommende Jahr konfrontiert. Alle Länder verzeichnen einen starken Einbruch bei den Exporten (Elektronische Geräte und Halbleiter). Im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft von Singapur mit minus 3 % am stärksten von der Abschwächung betroffen sein, gefolgt von Taiwan mit minus 1 ½ %. Beide Länder befinden sich seit dem dritten Quartal in einer schweren Rezession. Die Wirtschaft Hongkongs hingegen dürfte im laufenden Jahr um nur ¼ % schrumpfen. Fallende Auftragseingänge aus Übersee lassen darauf schließen, dass die konjunkturelle Abschwächung in diesen Ländern bis ins nächste Jahr andauern wird. Auf den Philippinen, in Malaysia und Korea ist die Inlandsnachfrage noch stark genug ausgeprägt, um den Einbruch bei den Exporten aufzufangen. Die Wirtschaft Asiens ohne China wird heuer um 1 ½ % wachsen.

Mit der wirtschaftlichen Abkühlung in Nordamerika schwächte sich auch die Konjunktur der lateinamerikanischen Wirtschaft ab. Nach dem 11. September wurde die Abkühlung noch deutlicher und breitete sich auf alle Länder des Kontinents aus. Der Rückgang der Weltmarktpreise für Rohöl, Kupfer, Zink, Stahl und Lebensmittel brachte einen Verfall der Landeswährungen mit sich und als Konsequenz fiel die Investitionsbereitschaft. Vom Rückgang im Tourismus sind vor allem Mexiko und die karibischen Länder betroffen. Das Wirtschaftswachstum Lateinamerikas wird laut Latin American Development Bank für das laufende Jahr auf 1 ¼ % geschätzt.

Das Wirtschaftswachstum der EU wird im laufenden Jahr bei 1 ½ % liegen. Von der Wachstumsabschwächung sind alle Länder betroffen. In Deutschland wird jedoch die Abschwächung am

stärksten ausfallen. Das beste Wachstumsergebnis wird hingegen das Vereinigte Königreich erzielen. In den meisten Ländern waren sinkende Exportraten in Drittländer in der zweiten Jahreshälfte für die konjunkturelle Verlangsamung verantwortlich. Auch im nächsten Jahr wird mit 1 ¾ % keine deutliche Verbesserung im Wirtschaftswachstum der Ländergruppe eintreten.

Während die Wirtschaftsleistung der EU in der ersten Hälfte des laufenden Jahres noch um durchschnittlich 2.2 % gegenüber dem Vorjahr wuchs, schwächte sich das Jahreswachstum im dritten Quartal auf 1.4 % ab. Am Anfang des vierten Quartals setzte sich die konjunkturelle Verlangsamung im gesamten EU-Raum fort. Negativ wirkte vor allem der schockartige Vertrauensverlust von Industrie und Konsumenten, der in den Oktoberumfragen der Europäischen Union erstmals in vollem Umfang sichtbar wurde. Von den Terroranschlägen in den USA war vor allem der europäische Dienstleistungssektor stark betroffen, darunter vor allem die Sektoren Finanzdienstleistungen, Tourismus und Transport. Ein positives Zeichen kommt hingegen von der europäischen Autoindustrie. Der Absatz von Kraftfahrzeugen stieg im November um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Die rückläufige Entwicklung in der Industrieproduktion schwächte sich im November ab. Nachdem etwa ein Viertel der Exporte der EU in die USA gehen, und dieser Markt im vierten Quartal wieder wächst, wird es auch bald zu einer Belebung im europäischen Außenhandel kommen.

Die konjunkturelle Verschlechterung wird auch auf die Arbeitsmärkte durchschlagen. Im Oktober lag die Arbeitslosenrate bei 7.7 %. Spanien verzeichnete mit 12.9 % die höchste Arbeitslosenrate. Auf Grund von fallenden Rohölpreisen und der geringen internationalen Nachfrage sank die Jahresteuerung im Oktober auf 2.5 %. Dem derzeitigen Trend folgend dürfte die Inflationsrate im nächsten Jahr unter die 2-Prozent-Marke fallen. Die EZB senkte daher im November den Referenzzinssatz um 50 Basispunkte auf 3.25 %.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die Aktualisierung der VGR-Daten bis 1997 zurück, vorgenommen vom Statistischen Bundesamt, führte zu Änderungen im Verlauf des BIP und dessen Teilaggregaten. Insbesondere die Werte für die Investitionstätigkeit wurden zurückgenommen. Beim privaten Verbrauch muss jetzt davon ausgegangen werden, dass er nach einer schwachen Entwicklung im zweiten Semester des vergangenen Jahres im ersten Halbjahr des laufenden Jahres deutlich zulegte.

Durch diese Revision und unter Berücksichtigung der verfügbaren Information über das vierte Quartal wird die deutsche Wirtschaft heuer um nur ½ % wachsen. Im dritten und vierten Quartal ist die Wirtschaftsleistung Deutschlands im Vergleich zum Vorquartal rückläufig, was definitionsgemäß einer Rezession entspricht. Im laufenden Jahr wird die schrumpfende Inlandsnachfrage vom wachsenden Überschuss im Außenbeitrag noch überkompensiert. Am Anfang des nächsten Jahrs dürfte ein bescheidener Wirtschaftsaufschwung einsetzen, da die privaten Haushalte von der nachlassenden Teuerung profitieren. Im nächsten Jahr wird sich daher die Nachfrage wieder beleben und sich das deutsche Wirtschaftswachstum auf 1 ¼ % beschleunigen. Der größte Wachstumsimpuls wird von der Inlandsnachfrage kommen, während sich die Exporttätigkeit deutlich verlangsamt.

Im dritten Quartal 2001 wuchs das deutsche BIP um 0.4 % gegenüber dem Vorjahr und schrumpfte um 0.1 % gegenüber dem Vorquartal. Neben dem rückläufigen Wachstum im Bausektor nahmen nun auch die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresvergleich zum ersten Mal seit 1995 ab. Das Wachstum der Exporte entsprach hingegen noch dem langjährigen Durchschnitt. Im vierten Quartal verschlechtert sich die Wirtschaftslage weiter. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, die seit April des laufenden Jahres unter dem Niveau des Vorjahres liegen und einen zunehmend negativen Trend aufweisen, fielen im Oktober um 9.5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Auslandsnachfrage verringerte sich dabei stärker als die Inlandsnachfrage. Auch im deutschen Bauhauptgewerbe zeichnet sich weiterhin keine Verbesserung der Wirtschaftslage ab, da auch in diesem Sektor die Auftragseingänge weiterhin rückläufig bleiben. Günstig einzuschätzen ist lediglich die noch einigermaßen stabile Konsumnachfrage und die günstige monetäre Situation mit niedrigen Zinsen und rückläufiger Inflationsrate.

Laut Umfragen sinkt auch das Konsumentenvertrauen, was sich auf Unsicherheiten am Arbeitsmarkt zurückführen lässt. Die Arbeitslosenrate (laut Deutscher Bundesbank) lag im November bei 9.5 % verglichen mit 9.3 % im Jänner des laufenden Jahres. Die Arbeitslosenrate dürfte sich um einen halben Prozentpunkt erhöhen, wenn die angekündigten Entlassungen wirksam werden. Auf Grund der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland und der internationalen Preisentwicklung lässt die Teuerung in Deutschland deutlich nach. Im November betrug die Inflationsrate nur noch 1.7 %, verglichen mit dem Höchststand von 3.5 % im Mai. Im nächsten Jahr werden sich die Preissteigerungen weiter verlangsamen und nur noch um 1.4 % betragen.

Weitere westeuropäische Länder

Das **italienische** Wirtschaftswachstum beträgt im laufenden Jahr 1 ¾ %, wobei die Inlandsnachfrage deutlich geringer ausfällt als in den vergangenen Jahren. In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich das Wachstum der Konsumausgaben und die Investitionsausgaben waren im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Trotz der gedämpften internationalen Konjunkturlage verzeichnete die italienische Wirtschaft im laufenden Jahr einen positivern Wachstumsimpuls vom Außenhandel. Dem Exportwachstum, das sich im Jahresverlauf auch in Italien zunehmend abschwächte, standen noch schwächere Importraten gegenüber. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstumsmuster der Inlandsnachfrage kaum ändern, daher werden auch die Importe weiterhin gedämpft bleiben. Die Exportentwicklung zeigt ab Jahresbeginn wieder einen ansteigenden Trend, die Wachstumsrate wird jedoch noch unter dem Niveau des laufenden Jahres liegen. Das Wachstum der italienischen Wirtschaft wird im nächsten Jahr daher mit einer Rate von 1 ½ % etwas gedämpfter als im laufenden Jahr ausfallen.

Im dritten Quartal 2001 wuchs die italienische Wirtschaft um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal und um 1.9 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im vierten Quartal des laufenden Jahres ist das Wirtschaftswachstum voraussichtlich negativ. Das reale Einkommen der privaten Haushalte nimmt zwar auf Grund von sinkenden Preisen zu, jedoch steigt die Sparneigung der Konsumenten. Das Konsumentenvertrauen nahm im November deutlich ab, da Großunternehmen seit dem dritten Quartal ihre Beschäftigtenzahlen senken. Darüber hinaus sind Italiens Konsumenten auch von der weltpolitischen Lage verunsichert, da sie befürchten, dass sich dadurch ein konjunktureller Aufschwung verzögern könnte. Gleichzeitig sank das Vertauen der Unternehmer auf ein Fünf-Jahres-Tief. Die italienische Industrie sah

sich bereits im dritten Quartal mit sinkenden Produktionszahlen und fallenden Auftragseingängen konfrontiert. Ein besonders starker Geschäftseinbruch wurde im September verzeichnet.

Vor diesem Hintergrund wird die Arbeitslosenrate am Ende des laufenden Jahres wieder mehr als 10 % ausmachen und auch im nächsten Jahr ist nicht mit einer Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt zu rechnen. Eine positive Entwicklung ist bei der Teuerung zu beobachten. Seit dem Beginn des dritten Quartals verlangsamt sich die Preissteigerung. Im November gab es mit 2.2 % die niedrigste Inflationsrate seit 22 Monaten und die Produktionspreise fielen im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 0.7 %. Der nachlassende Preisauftrieb ist auf die geringere Nachfrage und auf sinkende Transportkosten zurückzuführen.

Die Wirtschaft **Frankreichs** wird heuer voraussichtlich um 2 % wachsen. Dies ist deutlich weniger als in den vergangenen Jahren, in denen Wachstumsraten von über 3 % erzielt wurden. Im Gegensatz zu Deutschland wird die französische Wirtschaft jedoch nicht in eine Rezession abrutschen. Von der konjunkturellen Verlangsamung im laufenden Jahr ist vor allem die französische Außenwirtschaft betroffen. Rückläufige Exportraten reflektieren die derzeitige internationale Wirtschaftsentwicklung, während die Inlandsnachfrage im laufenden Jahr um knapp 3 % zulegen kann. Der Konjunktureinbruch in der Exportwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte greift am Beginn des nächsten Jahres auch auf die Inlandsnachfrage über. Im Jahresverlauf bleibt die Investitionsbereitschaft der französischen Unternehmen gedämpft, die Nachfrage aus dem Ausland wird hingegen wieder zunehmen. Das Institut erwartet daher, dass die französische Wirtschaft im Jahr 2002 wiederum um 2 % wachsen wird.

Die Wirtschaft Frankreichs wuchs im dritten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahresquartal um 2.1 % und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Nachdem zwischen Frankreich und den USA enge Handelsbeziehungen bestehen, ergab sich in der französischen Exportwirtschaft nach dem 11. September eine rückläufige Entwicklung. Im vierten Quartal haben sich die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA noch weiter auf die französische Exportwirtschaft ausgeweitet. Frankreichs Inlandsnachfrage erwies sich jedoch noch immer als ausreichend robust und konnte die Ausfälle im Außenhandel auffangen.

In den ersten neun Monaten haben neben der Kauflust der privaten Haushalte auch Steuererleichterungen und Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich den Konsum der Haushalte angeregt. Gleichzeitig hat seit Mai der Preisauftrieb bei Verbrauchsgütern nachgelassen. Im vierten Quartal wird die wichtigste Konjunkturstütze der französischen Wirtschaft vorübergehend brüchig. Das Konsumentenvertrauen ist auf den tiefsten Stand innerhalb von drei Jahren gefallen. Die wachsende Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung bildet den Hauptgrund dafür.

Auf Grund von fehlenden Aufträgen aus dem Ausland verlangsamt sich die Wachstumsrate der Industrieproduktion und somit sinkt auch die Beschäftigung. Nach dem Terroranschlag auf die USA haben viele internationale Unternehmen angekündigt, Arbeitskräfte in Frankreich abzubauen. Als Folge stieg im Oktober die Anzahl der Arbeitssuchenden deutlich an. Der kontinuierliche Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren setzt sich im laufenden Jahr daher nicht mehr fort, und auch im nächsten Jahr ist kein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit in Sicht.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** schwächt sich im laufenden Jahr nur leicht ab. Wichtigste Stütze bleibt der Konsum der privaten Haushalte, während in der Industrie eine gedämpfte Entwicklung vorherrscht. Die Anlageinvestitionen wachsen nur langsam und auf Grund der schwachen Exportaussichten verschlechtert sich der Außenbeitrag. Das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs wird im laufenden Jahr mit 2.0 % im langjährigen Durchschnitt liegen. Auch im nächsten Jahr werden die Ausgaben der privaten Haushalte auf hohem Niveau bleiben. Jedoch wird auch die verbesserte internationale Wirtschaftslage das lahmende Exportwachstum etwas beschleunigen. Im nächsten Jahr wird sich daher das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs auf 2 ½ % beschleunigen.

Im Gegensatz zu den Ländern im Euro-Raum schwächte sich die konjunkturelle Entwicklung des Vereinigten Königreichs im dritten Quartal nur marginal ab. Das BIP wuchs im Vorjahrsvergleich um 2.1 % und um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal. Auch für das vierte Quartal wird ein positives Wirtschaftswachstum erwartet. Der größte Wachstumsbeitrag kommt wieder vom Konsum der privaten Haushalte.

Im Oktober war ein leichter Vertauenseinbruch bei den Konsumenten feststellbar. Die Arbeitslosenrate stieg zum ersten Mal seit einem Jahr wieder an, und die Einzelhandelsumsätze schrumpften gegenüber dem Vormonat. Bereits im November kehrte sich jedoch das Bild wieder. Die Verbraucher schätzten ihre finanzielle Lage wieder als sehr gefestigt ein und dies spiegelte sich in einer starken Nachfrage im Einzelhandel und am Immobilienmarkt wider. Der Handel erwartet, dass das Weihnachtsgeschäft deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Die güterverarbeitende Industrie dürfte sich hingegen bis zum Jahresende schwach entwickeln. Steigende Auftragseingänge lassen jedoch auf einen Aufschwung am Anfang des nächsten Jahres schließen. Auf Grund der rückläufigen Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte erwägt die Regierung einen Ausgabenplan zu schaffen, der Unternehmer ermuntern sollte, in neue Technologien zu investieren.

Die Arbeitslosenrate stagnierte im Jahresverlauf auf 5 %. Auf Grund der guten Wirtschaftsaussichten wird der Abbau der Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr weiter vorangehen. Die Inflation sank im November auf ein Rekordtief (1.7 %). Im nächsten Jahr wird die Inflation noch etwas weiter nachlassen und etwa 1.5 % betragen.

Das Wirtschaftswachstum der **Schweiz** fällt im laufenden Jahr geringer aus als zuletzt erwartet. Die Revision konzentriert sich vor allem auf den Außenbeitrag. Während sich der Konsum der privaten Haushalte im Jahresverlauf kaum abschwächt, verlangsamt sich seit Jahresbeginn das Exportwachstum. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung durch eine wechselkursinduzierte Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Dieser Trend verstärkte sich unmittelbar nach dem Terroranschlag auf die USA, als die Nachfrage nach Schweizer Franken kräftig zunahm. Das Wirtschaftswachstum der Schweiz beträgt im laufenden Jahr daher nur 1 ¼ %. Durch die Konjunkturschwäche der wichtigsten Handelspartner in Europa wird die Außenwirtschaft der Schweiz auch im nächsten Jahr sehr gedämpft bleiben. Mit zeitlicher Verzögerung greift die Exportschwäche auch auf den Konsum der privaten Haushalte über. Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaft der Schweiz daher um nur ½ % zulegen.

Während das Wirtschaftswachstum der Schweiz in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Vorjahrsvergleich noch über 2 % lag, schwächte es sich im dritten Quartal auf 0.8 % ab. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte das BIP-Wachstum. Hervorgerufen wurde die gesamtwirtschaftliche Wachstumsabschwächung durch einen Einbruch bei den Exporten. Im vierten Quartal verlangsamt sich die Wirtschaftsleistung weiter. Neben der rückläufigen Exportwirtschaft sinkt nun auch die Konsumentenstimmung. Einen ähnlich starken Rückgang hatte die Konsumentenstimmung letztmals mit dem Beginn des Golfkrieges im Oktober 1990 erlitten.

Auf Grund der sich abkühlenden Konjunktur, die durch die Ereignisse am 11. September einen zusätzlichen Dämpfer erhielt, stieg die Arbeitslosigkeit in der Schweiz im Oktober zum ersten Mal seit 1997 wieder an. Einen Arbeitskräfteabbau gab es vor allem im Transportsektor. Die Bauwirtschaft leidet unter mangelnden Aufträgen durch die öffentliche Hand und die güterverarbeitenden Industrien bekommen den weltweiten Konjunkturabschwung und den starken Franken zu spüren. Eine Zunahme der Beschäftigung wird jedoch wieder für Anfang des nächsten Jahres erwartet. Die Teuerung, die im November mit 0.5 % im Vergleich zum Vorjahr auf den niedersten Stand seit März 1999 zurückging, wird im nächsten Jahr wieder leicht anziehen.

USA

Die Wirtschaft der USA befindet sich – gemäß der NBER-Definition – seit März in einer Rezession. Davon betroffen ist primär die güterverarbeitende Industrie. Auch die privaten Haushalte gaben im laufenden Jahr deutlich weniger aus als im Vorjahr, trotzdem verhinderten sie das Abgleiten der US-Wirtschaft in eine Rezession. Im Jahr 2001 wird die Wirtschaftsleistung der USA um nur 1 ¼ % zunehmen. Da Steuersenkungen und expansive Geldpolitik – die Fed kürzte seit Jahresanfang in elf Schritten den Leitzinssatz von 6.5 % auf 1.8 % –, stimulierend auf die Nachfrage wirken, rechnet das Institut mit einem positiven Wirtschaftswachstum im vierten Quartal. Im nächsten Jahr wird der größte Wachstumsimpuls von den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten kommen. In der zweiten Jahreshälfte des nächsten Jahres dürfte das Wirtschaftswachstum der USA im Vergleich zum Vorjahr wieder über 3 % liegen und sich dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre annähern.

Das BIP der USA fiel im dritten Quartal zum Vorquartal um 0.3 % (1.1 % auf Jahresbasis). Im Vergleich zum Vorjahr war jedoch das Wachstum mit 0.6 % positiv. Stark rückläufig entwickelten sich dabei Exporte und Anlageinvestitionen, während die Bauinvestitionen deutlich zulegten. Die privaten Konsumausgaben blieben nach wie vor der Wachstumsmotor der US-Wirtschaft. Das Nachfragevolumen der privaten Haushalte macht 70 % der Wirtschaftsleistung der USA aus, während auf den Unternehmenssektor ein Anteil von 20 % entfällt. Der Außenbeitrag verbesserte sich im dritten Quartal, weil sich die geringe Inlandsnachfrage im Importwachstum widerspiegelt.

Unmittelbar nach dem Terroranschlag am 11. September verzeichneten die großen Handelsketten einen Verkaufsrückgang. In den folgenden zwei Monaten wuchsen die realen Umsätze im Einzelhandel wieder sehr stark. Die Verkäufe von Kraftfahrzeugen erzielten dabei Rekordwerte. Erklärt wird dieses Konsumverhalten durch die bei Null liegenden Finanzierungskosten. Auch der Wohnungsmarkt belebte sich, da die Hypothekarzinsen im November auf das niedrigste Niveau seit 30 Jahren fielen. Neben

billigeren Krediten wirken sich Preisentwicklung und Steuersenkungen positiv auf die Ausgabenfreude der privaten Haushalte aus.

Bereits im August zeichnete sich in der güterverarbeitenden Industrie eine konjunkturelle Belebung ab, jedoch verschlechterte sich nach den Terroranschlägen das Investitionsklima wieder. Im November mehrten sich Anzeichen, die auf einen Aufschwung der Industrie hinweisen. Der Dienstleistungssektor verzeichnete ein positives Wachstum, in der güterverarbeitenden Industrie schritt der Lagerabbau sehr zügig voran, das rückläufige Wachstum in der Güterproduktion verlangsamte sich, und die Auftragseingänge nahmen wieder zu. Positiv wirken sich auch die fallenden Rohstoffpreise auf die Stimmung der Industrie aus. Am Kapitalmarkt wurden die Kursverluste, die nach dem 11. September eintraten, wieder wettgemacht. Demnach dürfte die Rezession in der Industrie zu Beginn des nächsten Jahres beendet sein.

Den Terroranschlägen folgte eine Kündigungswelle, von der der Transportsektor am stärksten betroffen war. Die Arbeitslosenrate stieg daher im November auf 5.7 %, verglichen mit 4.0 % zu Jahresbeginn. Die Arbeitslosigkeit dürfte jedoch im nächsten Jahr nicht mehr weiter zunehmen. Es gibt noch immer zahlreiche Kündigungen, jedoch stellen seit Anfang Dezember die Unternehmen wieder neues Personal ein. Auf eine Verbesserung des Arbeitsmarktes im nächsten Jahr deuten auch die wöchentlich ausgewiesenen Neuanträge auf Arbeitslosenversicherung hin, die im Dezember auf den niedrigsten Stand seit 1992 fielen.

Die Teuerung lässt im November auf Grund von sinkenden Energie- und Lebensmittelpreisen zwar weiter nach, die Kerninflation steigt hingegen deutlich an. Preisdruck entstand bei Hotelübernachtungen, in der medizinischen Versorgung und bei Autos. Trotz stark sinkender Produktionspreise ist im nächsten Jahr mit keinem weiteren Nachlassen der Teuerung zu rechnen, da die Endnachfrage wieder steigt und weil der Rohölpreiseffekt wegfällt. Die Verbraucherpreise werden daher im laufenden Jahr um 2.8 % zulegen und sich im nächsten Jahr nur leicht abschwächen.

Japan

Die Wirtschaft Japans befindet sich im laufenden Jahr in einer Rezession. Während sich das Wachstum der Inlandsnachfrage positiv entwickelt, kommt ein negativer Wachstumsbeitrag vom Außenhandel. Ausschlaggebend dafür ist die Abschwächung der Wirtschaft aus Übersee, die im zweiten Quartal des laufenden Jahres einsetzte. Die Exporte fielen unter das Niveau des Vorjahres, weil vor allem die Nachfrage aus den USA, dem wichtigsten Handelspartner Japans, zurückging. Auf Grund der starken internationalen Handelsverflechtungen weitete sich die Abkühlung auch auf den asiatischen Raum aus, wodurch sich wiederum die Exportchancen Japans verminderten. Zu Jahresbeginn dämpfte der starke Yen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Da sich die Importnachfrage im geringeren Ausmaß abschwächte als die Exporte, fiel der Außenbeitrag im laufenden Jahr geringer aus als in den vergangenen Jahren. Die Wirtschaftsleistung Japans sinkt daher im Kalenderjahr 2001 um ½ %. Nachdem sich im nächsten Jahr das Wachstum des globalen Handels wieder beschleunigen wird, dürfte sich auch die stark exportorientierte japanische Wirtschaft wieder erholen. Die Wirtschaftsleistung Japans wird demnach im nächsten Jahr um 1 % zulegen.

Im dritten Quartal fiel das japanische BIP im Vergleich zum Vorquartal zum zweiten Mal in Folge. Zum Vorquartal rückläufig entwickelten sich die Haushaltsausgaben, die Bauinvestitionen und die Exporte. Im vierten Quartal profitiert die japanische Exportwirtschaft von der Nachfragebelebung in den USA. Im Oktober legten bereits die Exporte von Kraftfahrzeugen wieder zu und die stark rückläufige Entwicklung bei den gesamten Exporten schwächte sich ab. Trotz wachsender Arbeitslosigkeit erweist sich der Konsum der privaten Haushalte als robust, und die Ausgaben für Anlageinvestitionen zeigen eine steigende Tendenz. Nur die Probleme der Bauwirtschaft bleiben weithin bestehen.

Mittel und Osteuropa

In den Jahren 2002 und 2003 dürfte sich die positive Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Russland fortsetzen. Durch die Abschwächung der Wirtschaftsdynamik in der EU und den USA hat sich das Wirtschaftswachstum in den schnell wachsenden ost- und mitteleuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Slowenien, Russland und Bulgarien) im dritten Quartal und im Zeitraum Jänner bis September 2001 verlangsamt. Andere Länder, wie die Tschechische Republik, Rumänien, und die Slowakei, verzeichneten dagegen eine Beschleunigung des Wachstums wegen der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage, vor allem bedingt durch die rege Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch. Diese Entwicklungen dürften sich im ersten Halbjahr 2002 fortsetzen. Wegen der fallenden Ölpreise wird mit weiteren Fortschritten bei der Inflationsbekämpfung zu rechnen sein.

Nach der dynamischen Entwicklung im ersten Quartal des Jahres 2001 hat das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** in den darauf folgenden zwei Quartalen wegen schwächerer Auslands- und Inlandsnachfrage an Schwung verloren. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im Zeitraum Jänner bis September 2001 in Folge der schwächeren Investitionstätigkeit auf 4.0 %. Das Wachstum ist auf die Industrieproduktion zurückzuführen (5.5 % im Jänner bis Oktober 2001 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres), die von den Exporten (10 % real) und dem privaten Konsum (5.6 % im Zeitraum Jänner bis September) getragen wird. Die Importe wuchsen dagegen um nur 6 %, was zur Verringerung des Handelsbilanzdefizits beigetragen hat. Die Investitionen entwickelten sich im dritten Quartal 2001 mit einer realen Wachstumsrate von -0.2 % rückläufig. Die Bauproduktion dagegen, gefördert durch das Wohnbauprogramm der Regierung, wuchs in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 um 11.3 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 5.5 % im Oktober 2001 auf einem niedrigen Niveau. Die jährliche Inflation lag im Zeitraum Jänner bis November 2001 bei durchschnittlich 9.4 %.

Für das Jahr 2001 wird mit einer Wachstumsrate von 3 ¾ % gerechnet. Das Wachstum wird im Jahr 2002 hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragen. In Folge der strafferen Geldpolitik und der schwachen Auslandsnachfrage wird eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2002 auf 3 ¼ % erwartet.

In **Polen** ist die Inlandsnachfrage rückläufig. Dies wurde durch steigende Arbeitslosigkeit, fallende Reallöhne und hohe reale Zinsen ausgelöst. Dagegen wuchs die Industrieproduktion im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001 um 0.4 % im Jahresvergleich. Die treibende Kraft dafür waren die Exporte mit einer Wachstumsrate von 15.2 % im Zeitraum Jänner bis September 2001. Das Wachstum der Importe blieb mit 2.9 % gering. Als Folge der restriktiven Geldpolitik verringerten sich die externen Ungleichgewichte und das Leistungsbilanzdefizit schrumpfte im Jänner bis Oktober 2001 auf 4.2 % des BIP. Im Zeitraum Jänner bis

Oktober ging die Bauproduktion um 10.4 % im Jahresabstand zurück. Diese Entwicklung wurde von einem Rückgang der jährlichen Inflation auf 3.8 % im November 2001 (verursacht primär durch fallende Ölpreise) und einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 16.4 % begleitet.

Für heuer erwartet die polnische Regierung eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 1.2 %; im Jahr 2002 dürfte die Wachstumsrate 1 % betragen. Eine wirtschaftliche Belebung wird vom polnischen Finanzminister erst in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 erwartet. Die Arbeitslosenquote dürfte sich heuer auf 17.2 %, im nächsten Jahr auf 18.5 % erhöhen. Für Ende 2001 wird eine Inflationsrate von 4.5 %, für Ende 2002 von 4.7 % erwartet. Zusammen mit der Belebung der Auslandsnachfrage in der zweiten Jahreshälfte dürfte der private Konsum im Jahr 2002 wegen der starken Erhöhung der Sozialausgaben und des leichten Wachstums der Einkommen das Wachstum antreiben.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 wuchs das **tschechische** BIP um 3.6 %, im dritten Quartal um 3.2 %. Entstehungsseitig waren im dritten Quartal 2001 die Industrieproduktion (4.1 % im Jahresabstand) und die Dienstleistungen, insbesondere der Handel, Hotels und Restaurants (4 %), sowie die Finanzdienstleistungen (9.7 %) die treibenden Kräfte des Wachstums. Die Importe wuchsen im dritten Quartal 2001 mit 10.7 % schneller als die Exporte (9.0 %), wodurch sich das Handelsbilanzdefizit ausweitete. Verwendungsseitig ist das Wachstum auf die dynamische Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen (7.5 %) und des privaten Konsums (3.4 %) zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote betrug im November 2001 8.5% und ist damit so hoch wie im Vorjahr. Die jährliche Inflationsrate belief sich auf 4.2 % im November 2001.

Für das Jahr 2001 ist mit einer Wachstumsrate von 3½ %, getragen von der Inlandsnachfrage, zu rechnen. Hauptsächlich wegen des anhaltenden Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen ist weiterhin eine Beschleunigung des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen zu erwarten. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion weiterhin die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Im Jahr 2002 dürfte sich das Wirtschaftswachstum leicht beschleunigen (3 ¾ %).

Das Wirtschaftswachstum in der **Slowakei** beschleunigte sich im dritten Quartal des Jahres 2001 auf 3.5 % (im Zeitraum Jänner bis September auf 3.1 % im Jahresabstand). Diese Entwicklung ist auf das schnelle Wachstum des öffentlichen Konsums (9.2 %) und der Bruttoanlageinvestitionen (16.5 %) zurückzuführen. Wegen der dynamischen Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im zweiten Quartal des Jahres 2001 mit 14.2 % schneller als die Exporte (7.1 %). Dadurch erhöhten sich das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit. Entstehungsseitig wurde das Wachstum von der Industrieproduktion (5.6 % im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001) und der Bauproduktion (2.4 %) getragen. Die Arbeitslosenquote stieg im dritten Quartal 2001 auf 19 % und die jährliche Inflation belief sich im November 2001 auf 7.4 %.

Heuer dürfte sich das Wachstum infolge der dynamischen Inlandsnachfrage auf 2 ¾ %, 2002 auf 3 ¼ % beschleunigen.

In **Slowenien** stützte sich das Wirtschaftswachstum im Zeitraum Jänner bis September 2001 weiterhin auf die ausländische Nachfrage. Jedoch wuchsen die Exporte langsamer als im Vorjahr. Sie stiegen um 8.7 % real, während die realen Importe um 2.4 % zunahmen. Die Verlangsamung des Exportwachstums spiegelte

sich im niedrigeren Wachstum der Industrieproduktion wider (3.5 % im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001 im Vorjahresvergleich). Der private Konsum wuchs im zweiten Quartal 2001 um 2.8 %, während die Bruttoanlageinvestitionen um 4.0 % zurückgingen. Als Resultat der rückläufigen Entwicklung der Energiepreise betrug die Inflationsrate im Zeitraum Jänner bis November 2001 6.5 %. Die Arbeitslosenquote belief sich Ende September 2001 auf 6.8 %.

In Folge der schwachen Inlandsnachfrage wird für heuer eine Wachstumsrate von 3 ¼ % erwartet. Im Jahr 2002 dürfte das Wirtschaftswachstum wegen der schwächeren Auslandsnachfrage nur 3 % betragen.

In **Rumänien** beschleunigte sich das Wachstum im Zeitraum Jänner bis September 2001 auf 5.1 %. Dies ist vor allem auf die steigende Produktion in der Landwirtschaft (21.2 %), Industrieproduktion (8.2 %) und Bauproduktion (5.1 %) zurückzuführen. Die Dienstleistungen nahmen um nur 1.1 % zu. Auf der Verwendungsseite sind für die gute Wirtschaftsdynamik der private Konsum (6.8 %) und die Bruttoanlageinvestitionen (6.0 %) verantwortlich. Weil das Importwachstum (22.8 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) höher ausfiel als das Exportwachstum (16.4 %), kam es zu einer Ausweitung des Handels- und des Leistungsbilanzdefizits. Die Inflationsrate blieb auch im Jänner-Oktober 2001 auf einem hohen Niveau (24.2 %), während die Arbeitslosenquote im Oktober 2001 auf 7.7 % zurückging.

Heuer dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 4 ¾ % beschleunigen, im Jahr 2002 4 ½% betragen. Die rumänische Industrie dürfte von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

In **Bulgarien** hat das Wirtschaftswachstum im dritten und vierten Quartal, nach einem Anstieg um 4,8 % im ersten Halbjahr, wegen der schwächeren Auslandsnachfrage nachgelassen. Die positive Entwicklung wurde von der Industrie (2.7 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) getragen, die vom sinkenden aber noch dynamischen Exportwachstum (7.9 % im Zeitraum Jänner bis September 2001) profitiert hat. Ein hohes Importwachstum (13.7 % im Zeitraum Jänner bis September) hat zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf 3.7 % des BIP beigetragen. Der Einzelhandel hat im Zeitraum Jänner bis Oktober um nur 0.6 % zugenommen, was auf fallenden privaten Konsum hindeutet. Die Arbeitslosenquote stagnierte mit 16.7 % im Oktober 2001 auf einem hohen Niveau. Die Inflationsrate belief sich im Zeitraum Jänner-November 2001 auf 7.6 % im Jahresabstand.

Für 2002 rechnen die internationalen Prognosen als Resultat der schwächeren Nachfrage der EU und der zu erwartenden Aufwertung des an den Euro gebundenen Lev mit einer Verlangsamung des Wachstums auf 3 ¾ %.

Mit 5.5 % blieb das Wachstum der russischen Wirtschaft im Zeitraum Jänner-September 2001 weiter auf einem hohen Niveau. Das Wachstum der Industrieproduktion belief sich auf 5.2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Landwirtschaft wuchs um 10 % und die Bauwirtschaft um 8 % in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001. Der Einzelhandel nahm um 11 % zu. Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen um 8.2 %. Der Anstieg der Exporte, mit Öl und Gas als wichtigsten Exportgütern, verlangsamte sich im Zeitraum Jänner-September 2001 wegen der fallenden Ölpreise auf 3 %. Die Importe dagegen entwickelten sich mit 20 %

Wachstumsrate sehr dynamisch. Die durchschnittliche jährliche Inflation belief sich im November 2001 auf 18.8 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 2001 8.7 %.

Für heuer wird auf Grund der dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage eine Wachstumsrate von 5 ½ %, für das Jahr 2002 von 4 ¼ % von der russischen Regierung erwartet. Der Budgetüberschuss des Jahres 2001 dürfte am Ende des Jahres 2 % betragen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1999	2000	2001	2002	2003
Welthandel, real	3.8	12.4	0	3 ½	7 ½
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.8	3.0	½	1 ¼	1 ½
Italien	1.6	2.9	1 ¾	1 ½	3
Frankreich	3.0	3.4	2	2	2
Vereinigtes Königreich	1.6	2.9	2	2 ½	3
Schweiz	1.6	3.0	1 ½	¾	1 ½
Polen	4.1	4.1	1 ¼	1	2 ¾
Slowakei	1.9	2.2	2 ¾	3 ¼	4.0
Tschechien	-0.2	2.9	3 ½	3 ¾	4 ¼
Ungarn	4.5	5.3	3 ¾	3 ¼	4 ½
Slowenien	5.2	4.6	3 ¼	3	4.0
Bulgarien	2.4	5.4	4.0	3 ¾	4 ¼
Rumänien	-3.2	1.6	4 ¾	4 ½	5.0
Russland	5.4	8.3	5 ½	4 ¼	5.0
USA	4.1	4.1	1 ¼	2 ½	3
Japan	0.8	1.5	- ½	1	1 ½
EU	2.6	3.4	1 ½	1 ¾	2
OECD – insgesamt	2.9	3.5	1 ¼	2 ¼	2 ½
Österreichische Exportmärkte	7.3	13.3	4 ½	4 ½	6 ¼
USD/EUR Wechselkurs*)	1.07	0.92	0.90	0.96	0.97+)
Rohölpreise*)**)	17.3	29.1	25	22	23

Quelle: IMF. Eigene Berechnungen.

*) absolute Werte
**) USD/barrel
+) technische Annahme

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im Zuge der internationalen Konjunkturabschwächung hat sich auch die Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft stark verlangsamt. Zurückzuführen ist dies auf die wirtschaftliche Schwäche der wichtigsten Handelspartner. Darüber hinaus legten die Terroranschläge gegen die USA vom 11. September kurzfristig die globalen Handelsströme lahm. Im Jahr 2002 wird die Wirtschaftsleistung der USA wieder zunehmen, was eine Beschleunigung der weltweiten Nachfrage zur Folge haben wird. Die Exportchancen der WWU in Drittländer werden jedoch in Zukunft geringer ausfallen als in den vergangenen Jahren, da der wechselkursbedingte Wettbewerbsvorteil der WWU nicht mehr zum Tragen kommt. Im nächsten Jahr wird sich die Nachfrage nach österreichischen Waren aus dem Ausland leicht verbessern.

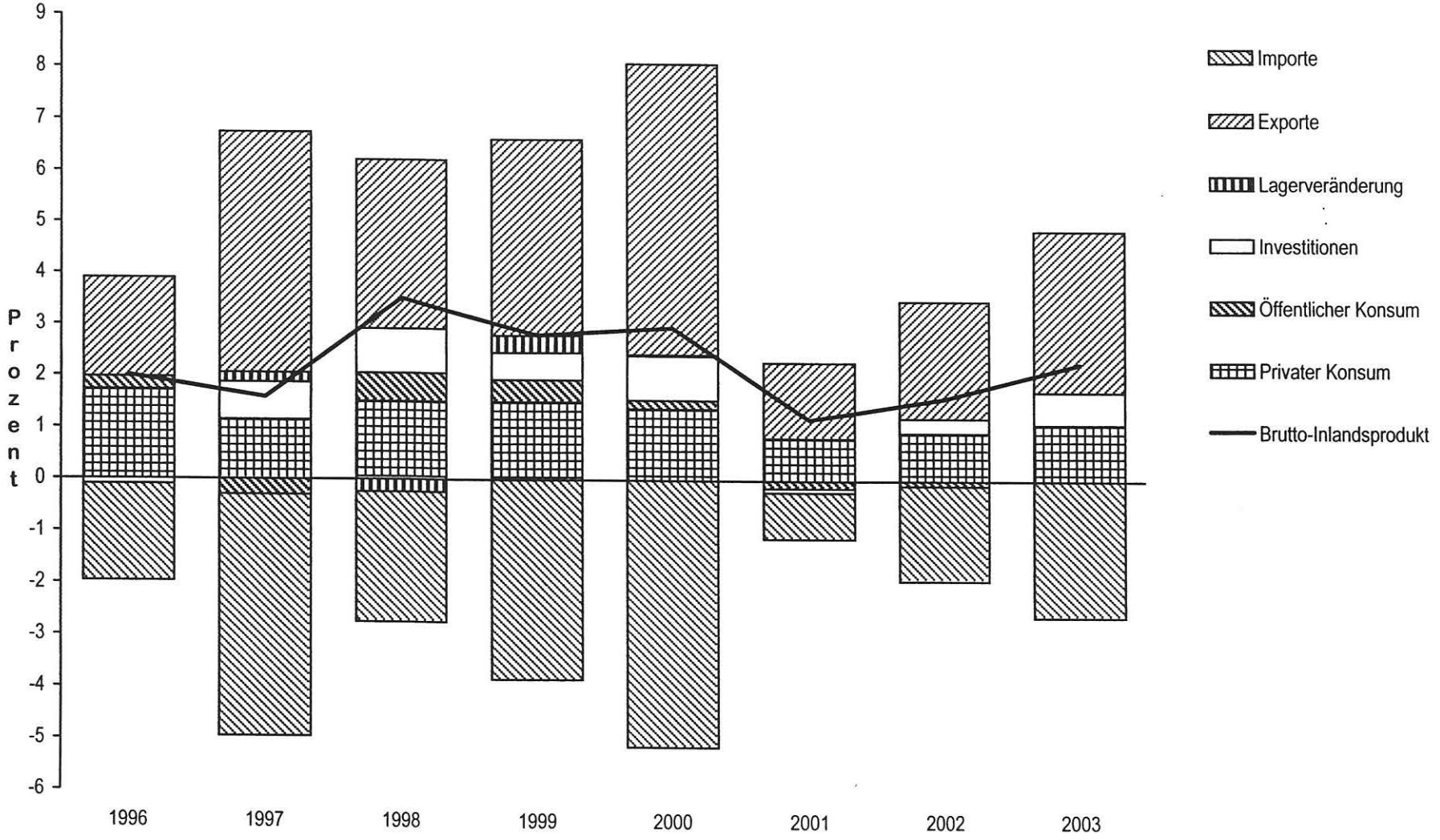
Im laufenden Jahr steigen die realen österreichischen Warenexporte um 4.2 %. In der ersten Jahreshälfte profitierte die inländische Exportwirtschaft trotz weltweiter Konjunkturabschwächung von der Euro-Schwäche. Nachdem dann der stimulierende Effekt durch den Wechselkurs wegfiel, griff die internationale Nachfrageschwäche auch auf die österreichische Exportwirtschaft über. Am Jahresende scheint der konjunkturelle Tiefstand erreicht zu sein und daher kündigt sich ein Aufschwung bereits am Anfang des nächsten Jahres an. Für das Jahr 2002 rechnet das Institut mit einem Exportzuwachs von 4.9 %. Im Jahr 2003 wird sich das Wachstum der Warenexporte auf 6.5 % beschleunigen

Dem internationalen Trend folgend schwächt sich auch in Österreich die Inlandsnachfrage ab. Die realen Importe nach Österreich wachsen im laufenden Jahr um 3.2 % und damit schwächer als die Exporte. Neben der Abschwächung im Konsum der privaten Haushalte gab es Nachfrageeinbrüche in der verarbeitenden Industrie, da Aufträge aus dem Ausland fehlen. Folglich ist auch bei den Importen seit dem Jahresbeginn eine graduelle Verringerung des Wachstums zu beobachten. Eine Trendwende dürfte jedoch bereits Anfang des nächsten Jahres eintreten. Im nächsten Jahr wird sich die Inlandsnachfrage wieder beleben, daher werden auch die Importe mit 4.2 % stärker als im laufenden Jahr wachsen. Aufgrund der guten Inlandsnachfrage und dem anziehenden Welthandel wird sich das Wachstum der realen Warenimporte auf 6.2 % belaufen.

Auf Grund der Ereignisse in den USA gerät die österreichische Tourismusbranche im laufenden Jahr in eine Ausnahmesituation. Der österreichische Reiseverkehr verzeichnet dadurch einen deutlichen Zuwachs bei Urlauben in Österreich. Auf Grund der Konjunkturflaute in den USA und Japan sinken zwar seit Jahresbeginn die Umsätze von Gästen aus Übersee, die Hauptmärkte für die österreichische Tourismusindustrie sind jedoch die Nachbarländer, allen voran Deutschland, die Schweiz und Italien. Im laufenden Jahr beträgt das Wachstum der realen Reiseverkehrsexporte 4.8 %, wobei in der zweiten Jahreshälfte das Ergebnis weiterhin gut ausfällt. Neben dem abklingenden Sondereffekt der Flugangst dürfte die verbesserte Konjunkturentwicklung in Deutschland die Nachfrage nach Österreichurlauben im nächsten Jahr beleben. Die realen Reiseverkehrsexporte dürften im nächsten Jahr um 2 % wachsen und sich im Jahr 2003 um 3 % bescheunigen. Die realen Reiseverkehrsimporte stiegen im laufenden Jahr noch um 3.3 %. Im nächsten Jahr dürfte die Verunsicherung der Konsumenten zum Tragen kommen; das Importwachstum wird voraussichtlich nur 0.5 % betragen.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2000 5.7 Mrd. €. Auf Grund der durch die schwache Binnennachfrage ausgelösten geringen Importdynamik, des Wegfalls der Effekte des Energiepreisanstiegs und der Entwicklung bei der Reiseverkehrsbilanz rechnet das Institut mit einer kontinuierlichen Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos auf 5.2 Mrd. € (2001), 4.5 Mrd. € (2002) bzw. 4.1 Mrd. € (2003).

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Inlandskonjunktur

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die schwache Dynamik in der Nachfrage der privaten Haushalte hat sich laut den vorliegenden Informationen im dritten Quartal fortgesetzt. In den ersten drei Quartalen sind gemäß der Konjunkturerhebung von Statistik Austria die Umsätze im Einzelhandel real um 0.4 % zurückgegangen. Dieser Rückgang wird primär vom Bereich der Nahrungsmittel mit einem Einbruch um 6 % verursacht. Schwach entwickelte sich auch der Kraftfahrzeughandel mit einem Umsatzrückgang von 2.3 %. Die Neuzulassungen der PKW sind in den ersten 10 Monaten gegenüber dem Vorjahr um 4.7 % gefallen. Auch die Nachfrage der Österreicher nach Auslandsreisen ist in den letzten beiden Quartalen nur mehr schwach gestiegen.

Laut den vorläufigen Werten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ist die **Wachstumsrate** des **realen privaten Konsums** nach 2.9 % im ersten Quartal 2001 auf ¾ % im zweiten und dritten Quartal abgefallen. Das Institut geht davon aus, dass das Weihnachtsgeschäft sehr gut ausfällt, wozu auch die Euro-Bargeldeinführung zu Jahreswechsel beitragen könnte. Vor diesem Hintergrund weist die Institutsprognose das reale Wachstum des privaten Konsums weiterhin mit 1.5 % im laufenden Jahr und 1.7 % für 2002 aus. Für das Jahr 2003 wird mit einem Konsumwachstum von 2.0 % gerechnet. Damit bleibt die Konsumnachfrage – wie üblich in Zeiten einer schwachen Einkommensentwicklung - eine Stütze der Konjunktur.

Leider liegt eine aktuelle sektorale Aufgliederung der Volkseinkommen nur für einen sehr kurzen Zeitraum vor, sodass weiterhin nur eine vorsichtige Fortschreibung der einkommensseitigen Kategorien der VGR versucht werden kann. Auf Grund der Preisentwicklung und der Budgetkonsolidierung sind die verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2001 real stagniert, nach einer kräftigen Belebung im Vorjahr. Durch eine Absenkung der Sparquote um einen Prozentpunkt konnten die Konsumenten ihre reale Konsumnachfrage um 1.5 % ausdehnen. Für 2002 unterstellt die Prognose, dass die leicht anziehende Einkommensdynamik dazu führt, dass die Konsumenten ihre Nachfrage im Einklang mit der Erhöhung der Realeinkommen ausweiten. Erst 2003 wird wieder ein größerer Teil des zusätzlichen Einkommens gespart, sodass die Haushaltssparquote wieder auf das Niveau von 2001 steigt.

Der in der VGR nicht zum privaten Konsum zählende Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter wächst heuer mit 1 % und in den beiden folgenden Jahren mit 2 %.

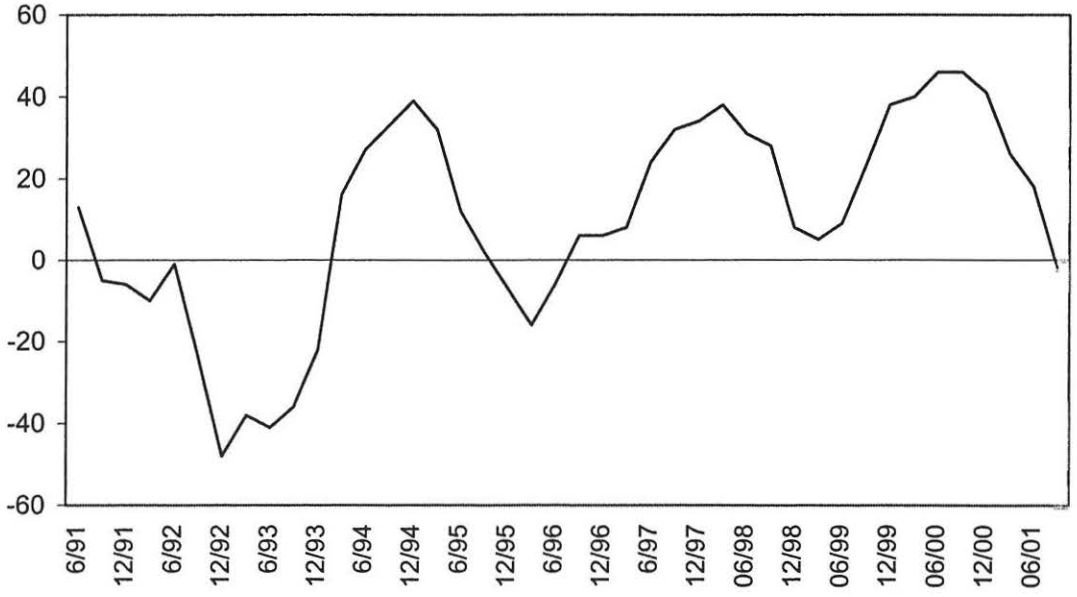
Die Institutsprognose weist die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** sowie ihre beiden Hauptkomponenten aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**[1].

[1] Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzungen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter. Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen sind als dritte Komponente in den Bruttoinvestitionen enthalten, werden aber nicht getrennt ausgewiesen.

Nach den nunmehr vorliegenden realisierten Zahlen betrug das Wachstum der **realen Ausrüstungsinvestitionen** im Jahr 2000 11.1 %, und damit beinahe das Dreifache des Wachstums des Jahres 1999. Investitionen in Maschinen und Geräte trugen zu diesem überdurchschnittlichen Wachstum stärker bei als Investitionen in Fahrzeuge. Mit dem Abflachen der Konjunktur im laufenden Jahr bricht das Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen regelrecht ein und beträgt nur noch 1.1 %. Im Jahr 2002, in dessen Verlauf sich das Wirtschaftswachstum erholen wird, wird auch die Investitionsdynamik moderat auf 2.5 % anziehen, und sich im Jahr 2003 auf 5.5 % beschleunigen. Die derzeit ausgesprochen zurückhaltende Investitionstätigkeit entspricht der deutlich verlangsamten Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft. Die wirtschaftliche Expansion der letzten Jahre war in Österreich – wie in vielen anderen Staaten – von lebhafter Exporttätigkeit getragen, die den Anlass für einen verstärkten Aufbau von Produktionskapazitäten bildete. Angesichts der aktuellen Verlangsamung des österreichischen Exportwachstums, die ja auch im nächsten Jahr noch vorhalten wird, dürften sich exportorientierte Unternehmen vorläufig größere Zurückhaltung bei Investitionsprojekten auferlegen.

Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (September 2001), die in den beiden folgenden Graphiken auszugsweise wiedergegeben sind, spiegeln die aktuellen Kontraktionstendenzen wider. Zur Beurteilung der Auftragsbestände wird der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen der Auftragslage herangezogen, der erstmals seit 1996 wieder ein negatives Vorzeichen aufweist. Die Beurteilung der Auslandsaufträge (hier nicht ausgewiesen) wurde von den Unternehmen ebenfalls kräftig zurückgenommen, weist aber noch einen knapp positiven Saldo auf.

Beurteilung der Auftragsbestände



Quelle: Industriellenvereinigung

Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate

Quelle: Industriellenvereinigung

Eine ebenso eindeutige Abwärtstendenz stellt sich auch in der Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate dar. Auch hier überwiegen inzwischen die negativen Beurteilungen. Die Befragung stammt vom Ende des dritten Quartals, sodass die Einschätzungen bereits durch die Anschläge von New York und Washington und die folgenden Kriegshandlungen geprägt sind.

Nach den neuerlich revidierten Werten der österreichischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt sich die Entwicklung der Baubranche in den letzten Jahren noch schwächer dar als nach den zuvor vorliegenden Zahlen. So waren nicht nur 1997, sondern auch 1999 Rückgänge der **realen Bauinvestitionen** zu verzeichnen, und auch im Jahr 2000 war ihre Wachstumsrate mit 0.3 % nur noch knapp positiv.

Für das Jahr 2001 zeichnet sich ein Schrumpfen der realen Bauinvestitionen um 2.3 % ab. Für die Jahre 2002 und 2003 wird nur eine langsame Erholung der Bautätigkeit erwartet, sodass erst wieder im Jahr 2003 mit einer positiven Wachstumsrate der realen Bauinvestitionen zu rechnen ist. Die negative Entwicklung in den letzten Jahren begründet sich vornehmlich aus dem Bereich Hochbau, und hier sowohl aus dem Wohnbau als auch aus dem Industrie- und Ingenieurbau. Im Wohnbau wird das Jahr 2001 bereits das fünfte Jahr in Folge mit einer negativen Wachstumsrate sein. Da die Zahl der Bewilligungen im Wohnungsneubau weiterhin zurückgeht, zeichnet sich auch noch keine Abkehr von dieser rückläufigen Tendenz ab. Im Tiefbau ist zwar eine positivere Entwicklung zu erwarten, unter anderem auch getragen vom stärkeren Engagement der öffentlichen Hand. Die von der Bundesregierung zur Stützung der Konjunktur angekündigten zusätzlichen Investitionen werden zwar ein noch stärkeres Absacken der Baukonjunktur abfedern, werden aber nicht ausreichen, um die Baukonjunktur schon im Jahr 2002 wieder in den Bereich positiver Wachstumsraten zu befördern. Aus dem Zusammenwirken von besserer gesamtwirtschaftlicher Konjunkturlage und Fördermaßnahmen ist für das Jahr 2003 hingegen wieder von

einem bescheidenen Wachstum der Bauinvestitionen auszugehen. Dass kurzfristig angelegte Investitionspakete eine nachhaltige Verbesserung für den Bausektor bewirken werden, ist jedoch zu bezweifeln.

Die schwache Baukonjunktur steht im Einklang mit der internationalen Situation der Branche. Auch auf EU-Ebene sinkt die Produktion des Baugewerbes derzeit, und zwar stärker im Hoch- als im Tiefbau. Stärkere Rückgänge als in Österreich liegen für den Bereich Hochbau lediglich in Deutschland vor. Auch die Baugenehmigungen in der EU weisen nur sehr vereinzelt positive Wachstumsraten auf, was auf eine weiterhin sehr schwache Baukonjunktur deutet.

Aus Obigem ergeben sich die Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen insgesamt mit -0.3 % heuer, 1.2 % im Jahr 2002 und 2.7 % im Jahr 2003. Die Investitionsquote stagniert bei einem Wert von nicht ganz 24 %.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist im Prognosezeitraum nach wie vor durch den in der laufenden Legislaturperiode eingeschlagenen verschärften Konsolidierungskurs und die Entwicklung der Konjunktur bestimmt. Der Budgetvollzug des Bundes für das Jahr 2001 verläuft deutlich günstiger als erwartet. Es kann demnach mittlerweile davon ausgegangen werden, dass das administrative Defizit rund 1.45 Milliarden € betragen wird, nachdem im Bundesvoranschlag noch ein Defizit von 2.38 Milliarden € budgetiert worden war. Auch in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dürfte das öffentliche Defizit des Bundes bei 1.45 Milliarden € liegen. Zusammen mit den Überschüssen der Länder sollte bereits 2001 ein ausgeglichener Haushalt, das "Nulldefizit", erreicht werden.

Diese Verbesserung ist zu einem großen Teil auf die Entwicklung der Bundesabgaben zurückzuführen, die netto, also nach Abzug der an die Länder und Gemeinden gehenden Ertragsanteile, um 0,94 Milliarden € über dem Voranschlag liegen dürften. Die Einnahmen aus Umsatzsteuer und Lohnsteuer entwickeln sich durch die schwächere Wirtschaftsentwicklung zwar ungünstiger als veranschlagt; große positive Abweichungen hingegen gibt es beim Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Diese Mehreinnahmen können nicht aus der laufenden Wirtschaftsentwicklung erklärt werden; vielmehr schlagen hier die Maßnahmen des Konsolidierungspakets 2001 wesentlich stärker durch als ursprünglich erwartet. Vor allem die neu eingeführte Verzinsung von Steuerrückständen führte zu Vorauszahlungen, die um 0.94 Milliarden € über den Erwartungen lagen.

Der von der Bundesregierung beschlossene Konsolidierungskurs sollte grundsätzlich beibehalten werden. Österreich betätigt sich damit keineswegs als überambitionierter finanzpolitischer Vorreiter, sondern hat lediglich angesichts der sich aus der offensichtlich zu laxen Politik der Vorjahre ergebenden Gefahr, den Anschluss zu verlieren, eine längst überfällige Wende nachvollzogen und wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode zum westeuropäischen Mittelfeld aufschließen. Im Jahr 2000 verzeichnete die gesamte Euro-Zone bereits einen Budgetüberschuss von 0.3 %, die Staaten der Europäischen Union in ihrer Gesamtheit sogar einen Überschuss von 1.2 % des Bruttoinlandsprodukts; in einigen Mitgliedstaaten werden Budgetüberschüsse bis an die und über die 5-Prozent-Marke erzielt. Österreichs wies mit 1.1 % nach Frankreich (1.5 %) und Portugal (1.3 %) die höchste Neuverschuldungsquote auf.

Das Institut geht trotz der Konjunktureintrübung davon aus, dass das „Nulldefizit" auch, wie geplant, in den Jahren 2002 und 2003 zu halten sein wird, wenngleich angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage eine Prognose nach wie vor mit großen Unsicherheiten verbunden ist. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ist mittlerweile ebenfalls auf einem klaren Abwärtstrend und sollte 2002 unter den Maastricht-Referenzwert von 60 % des BIP sinken. Der öffentliche Konsum wird auch im nächsten Jahr real leicht zurückgehen und im Jahr 2003 praktisch stagnieren. Aus ökonomischer Sicht wäre es auch durchaus vernünftig, zwar grundsätzlich strikte fiskalische Disziplin walten, die automatischen Stabilisatoren angesichts der Konjunkturabschwächung aber wirken zu lassen und rein konjunkturell verursachte Einnahmenausfälle beziehungsweise Mehrausgaben nicht zu kompensieren, um gleichsam um jeden Preis das ursprünglich angepeilte Nulldefizit „durchzuziehen". Längerfristig gibt es zu dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs ohnehin keine Alternative. Den derzeit konjunkturbedingt sehr eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der nunmehr in Gang gekommenen Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Steuerliche Entlastungen sollten nur vorgenommen werden, soweit sie auch finanzierbar sind, damit der neue fiskalpolitische Kurs auch glaubwürdig bleibt.

Dennoch sollte unter rigoroser Beachtung des eingeschlagenen Stabilitätskurses mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkauft werden.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotentiale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen. Die derzeit unter dem Titel „Verwaltungsreform" unmittelbar ins Auge gefassten Maßnahmen können nur ein erster Schritt sein. Mittelfristig sollte sich eine Reform des Finanzausgleichs an der Überlegung orientieren, die fiskalische Verantwortung der einzelnen öffentlichen Haushalte für die von ihnen jeweils erbrachten Leistungen besser klarzustellen und damit effektivere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Hier müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefergehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden" Leistungen im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen. Das Institut plädiert in diesem Zusammenhang für die – schon im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehene – Einführung persönlicher und beitragsdefinierter Pensionskonten im Rahmen des bestehenden Umlageverfahrens. Als Ergänzung bietet sich an, zusätzlich eine nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisierte Säule (wo auch private Anbieter zugelassen werden könnten) aufzubauen.

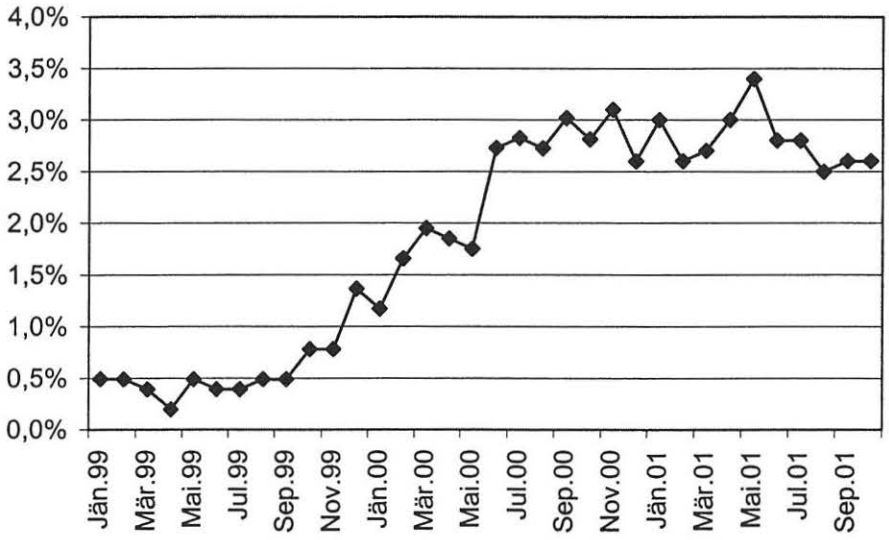
In den ersten drei Quartalen 2001 sind die Arbeitnehmer-Entgelte laut VGR je Aktiv-Beschäftigtem um rund 3 ¼ % gewachsen. Der Anstieg der Tariflöhne hat sich im Jahresverlauf von 2.5 % auf 2.8 % beschleunigt. Die **Lohnprognose** rechnet daher weiterhin mit einem Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je

unselbständig Beschäftigtem (ohne KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) von 3.1 %. In realer Rechnung beläuft sich der Lohnanstieg auf Grund der Preissteigerungen auf 0.5 %.

Die Lohnrunde im Herbst war von den erheblichen Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf geprägt. Am 22. Oktober einigten sich die Sozialpartner in der Metallindustrie auf eine Erhöhung der Ist-Löhne um 2.9 %. Betrachtet man die gesamte Herbstlohnrunde, schwanken die Abschlüsse im Bereich von 3.2 % (Papierindustrie) bis 2.3 % (Steine/Keramik). Der Handel hat mit 2.5 % abgeschlossen. Die Lohnabschlüsse haben die Inflation des Vorjahres abgegolten, sind aber deutlich höher als der für 2002 zu erwartende Preisanstieg. Die Lohnabschlüsse bewegen sich im stabilitätskonformen Bereich. Kritisch ist aber zu bemerken, dass in der Metallindustrie keine Optionsklauseln mehr vereinbart wurden. Vor diesem Hintergrund wird ein nominelles Lohnwachstum von 2.9 % für 2002 erwartet. Die Reallöhne wachsen um 1.2 % und damit in etwa mit dem selben Tempo wie die Arbeitsproduktivität (1.4 %). Auf Grund der nachlassenden Preisdynamik wird sich das Lohnwachstum 2003 auf 2.1 % verlangsamen. In dieser Prognose ist aber auch eine Senkung der Lohnnebenkosten im Ausmaß von 0.5 Mrd. € inkludiert. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme (Arbeitnehmerentgelte exklusive Arbeitgeberbeiträge) steigt folglich um 2.5 %.

In der zweiten Jahreshälfte 2001 ist eine fallende Tendenz der **Inflationsrate** festzumachen. Gegenwärtig beläuft sich der Preisanstieg auf rund 2 ½ %. Während von den Energiepreisen dämpfende Effekte ausgehen, sind Preisauftriebstendenzen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit festzustellen. Der stärkste preistreibende Effekt geht aber weiterhin von den Nahrungsmitteln aus. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) belief sich im Oktober aber bereits auf 3 %. Die Inflation ist in den letzten Monaten schwächer gesunken als erwartet, daher rechnet das Institut für heuer mit einer Inflationsrate von 2.7 %. Auf Grund der Konjunkturabschwächung sollte die Inflationsrate im nächsten Jahr unter die 2-Prozent-Marke fallen und wird 1 ¾ % betragen. Die Einführung des Euro-Bargeldes könnte die Inflation zu Jahresbeginn etwas dämpfen. Weiters unterstellt diese Prognose, dass von den Rohstoffpreisen ein leicht preisdämpfender Effekt ausgeht und der internationale Wettbewerbsdruck Preisdisziplin bei den Unternehmen sicherstellt. Auch im Jahr 2003 wird die Inflation über der 1.5 Prozent-Marke zu liegen kommen.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Austria

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten weiter verschärft. Der Arbeitsmarkt reagiert auf die konjunkturelle Eintrübung. Der Beschäftigungsanstieg verringerte sich seit Jahresbeginn deutlich; im November ist die Beschäftigung nur noch marginal gestiegen. Im Oktober übertraf der Beschäftigtenstand (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener) das Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres um rund 11.100 Personen bzw. 0.4 %. Während die Frauenbeschäftigung noch mit einer Rate von knapp 1.5 % expandiert, geht die Männerbeschäftigung bereits um über ein halbes Prozent zurück. In sektoraler Betrachtung hat sich das Expansionstempo im Dienstleistungssektor verlangsamt. Die Zahl der öffentlich Bediensteten geht zurück, auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung schrumpft die Beschäftigung. Die unternehmensnahen Dienstleistungen expandieren zwar weiterhin, allerdings mit merkbar abgeschwächter Dynamik. Die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion ist im Durchschnitt der ersten 10 Monate zwar noch geringfügig gestiegen, seit September ist die Beschäftigung im Aggregat allerdings bereits rückläufig. Die Krise am Bau schlägt sich deutlich in der Beschäftigtenstatistik nieder.

Die Beschäftigungsdynamik wird im nächsten halben Jahr weiter stagnieren. Die konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2002 dürfte dazu führen, dass die Zahl der Arbeitsplätze im kommenden Jahr durchschnittlich um 0.2 % steigen könnte. Erst im Jahr 2003 ist wieder mit einer stärkeren Beschäftigungsdynamik zu rechnen.

Arbeitsmarktentwicklung 2000/2001

	Veränderung 2001/2000	
	(Durchschnitt: Jänner bis November)	Relativ
Beschäftigte	15.745	0.5%
Männer	-8.870	-0.5%
Frauen	24.615	1.8%
Aktiv Beschäftigte*	15.997	0.5%
Primärer Sektor*	-1.294	-1.9%
Sachgüterproduktion*	2.647	0.4%
Bau*	-10.591	-4.1%
Dienstleistungssektor*	25.234	1.2%
Arbeitslose	5.831	3.0%
Männer	4.597	4,3%
Frauen	1.234	1.4%

* Durchschnitt Jänner bis Oktober

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

In den letzten Monaten ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen drastisch angestiegen. Während die Arbeitslosenzahl bis April gegenüber dem Vorjahr noch zurückging, sind ab Mai - erstmals seit Februar 1999 - wieder steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Im November lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 32.000 bzw. 16.6 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird die Arbeitslosenzahl 202.500 betragen. In den nächsten Monaten ist mit keiner signifikanten Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen. In der zweiten Jahreshälfte 2002 sollte sich der Arbeitsmarkt wieder etwas erholen, sodass für den Jahresdurchschnitt 213.000 Arbeitslose prognostiziert werden. Dieser positive Trend auf Grund der wirtschaftlichen Belebung wird sich 2003 weiter verstärken, sodass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder auf das Niveau von heuer fallen könnte. Diese Prognose unterstellt, dass von der Krise am Bau keine dauerhaften negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen.

Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird heuer 6 % betragen. 2002 wird die Arbeitslosenquote laut Prognose weiter steigen und bei 6.3 % zu liegen kommen. 2003 ist hingegen wieder mit einem Rückgang auf 6.0 % zu rechnen. Die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode ist 2002 4.2 % und wird im folgenden Jahr wieder auf 4.0 % fallen.

Obwohl die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage primär konjunkturell bedingt ist, bestehen weiterhin Aufgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Durch ein generelles Anheben des Humankapitalniveaus der Arbeitskräfte sollte der Tendenz zum Auseinanderdriften von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage nach Qualifikationsstufen gegengesteuert werden. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Eine Kürzung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik erschiene in einer solchen Situation kontraproduktiv. Teile des Beschäftigungsrückgangs am Bau sind als permanent einzuschätzen, daher sind verstärkte

Umschulungsanstrengungen für die freigesetzten Bauarbeiter wünschenswert. Der gegenwärtig festzustellende Anstieg des Arbeitskräftepotentials ist prinzipiell als positiv zu bewerten, das gleichzeitige Ansteigen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet aber auf Mismatch Probleme am Arbeitsmarkt hin, denen verstärktes Augenmerk gewidmet werden sollte.

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Monetäre Prognose

5. Monetäre Prognose

Der kommende Jahreswechsel steht ganz im Zeichen der Euro-Bargeldeinführung. Diese ist einerseits ein zentraler Schritt auf dem Weg des Europäischen Integrationsprozesses, andererseits könnte die physische Verfügbarkeit des Euro das Vertrauen in die europäische Gemeinschaftswährung stärken und die Aufwärtstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar unterstützen. Litt der Euro bisher zudem darunter, dass Teile der beträchtlichen, außerhalb der Eurozone gehaltenen Bargeldbestände in andere Währungen, insbesondere den US-Dollar, getauscht wurden, könnte sich letzterer Effekt jetzt in sein Gegenteil verkehren und zu einer zusätzlichen Euro-Nachfrage führen und den Euro somit weiter festigen. Im Jahresdurchschnitt 2002 erwartet das Institut die US-Dollar/Euro-Relation dementsprechend wie zuletzt prognostiziert auf einem Niveau von 0.96 USD/EUR.

Die internationalen Aktienmärkte registrierten im abgelaufenen Quartal eine deutliche Erholung mit Kursgewinnen, die selbst auf der Ebene der breiten Marktindizes im zweistelligen Prozentbereich angesiedelt waren. Hier wirkte die Stabilisierung der Erwartungen hinsichtlich der inneren Sicherheit, die reichliche Ausstattung der Märkte mit Liquidität und die Hoffnung auf eine baldige Überwindung der Konjunkturschwäche kurstreibend. Die derzeit wieder hohen Kursniveaus in Verbindung mit anhaltenden konjunkturellen Risken indizieren im Kontext fundamentaler Bewertungsansätze allerdings zunehmende Risken für Kursrückschläge.

Im abgelaufenen Quartal senkte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen erneut um 50 Basispunkte auf ein Niveau von 3.25 %. Das amerikanische Federal Reserve Board (FED) führte im abgelaufenen Quartal drei weitere Zinssenkungsschritte um insgesamt 125 Basispunkte durch. Mit 1.75% liegt der Zielsatz für Taggeld somit auf dem tiefsten Stand seit 1961.

Am Rentenmarkt verringerten sich die Renditen in der Eurozone zunächst, verzeichneten gegen Ende des Quartals allerdings einen markanten Anstieg über das gesamte Laufzeitenspektrum mit Ausnahme des kurzen Endes. Die Zinsen für Dreimonatsgeld sanken im Einklang mit dem Referenzzinssatz für Taggeld der EZB weiter ab. Daraus resultiert wie erwartet eine abermals steilere Zinskurve als ein Quartal zuvor. Auch die monetäre Seite signalisiert dementsprechend eine Stabilisierung und anschließende Erholung der Wirtschaftsaktivität im Verlauf des Jahres 2002.

Bei einer anhaltenden Abschwächung des Preisauftriebs in der Eurozone wird die EZB weiteren zinspolitischen Spielraum gewinnen, sodass ein Zinssenkungsschritt um 25 Basispunkte in den nächsten Wochen wahrscheinlich erscheint. Bei den US-Dollar-Zinsen sieht das Institut ein mittlerweile nur noch eng begrenztes Potenzial für weitere Zinssenkungen, bei den Euro-Zinsen ein etwas höheres. Den unteren Wendepunkt des gegenwärtigen Zinszyklus erwartet das Institut im ersten Quartal 2002 bei einem Niveau von 1.5% im US-Dollar sowie bei 2.75% in der Eurozone. Am langen Ende des Laufzeitenspektrums ist binnen Jahresfrist trotz der jüngsten Renditeerhöhungen eine Zunahme von mindestens 75 Basispunkten in beiden Währungen zu erwarten.

Nach einer deutlichen Expansion der **Bargeldmenge** im Jahre 2000 (7.8 %), wird für das Jahr 2001 ein Rückgang um 2.1 % erwartet. Diese Entwicklung kann auf die bevorstehende Umstellung auf Euro-Bargeld

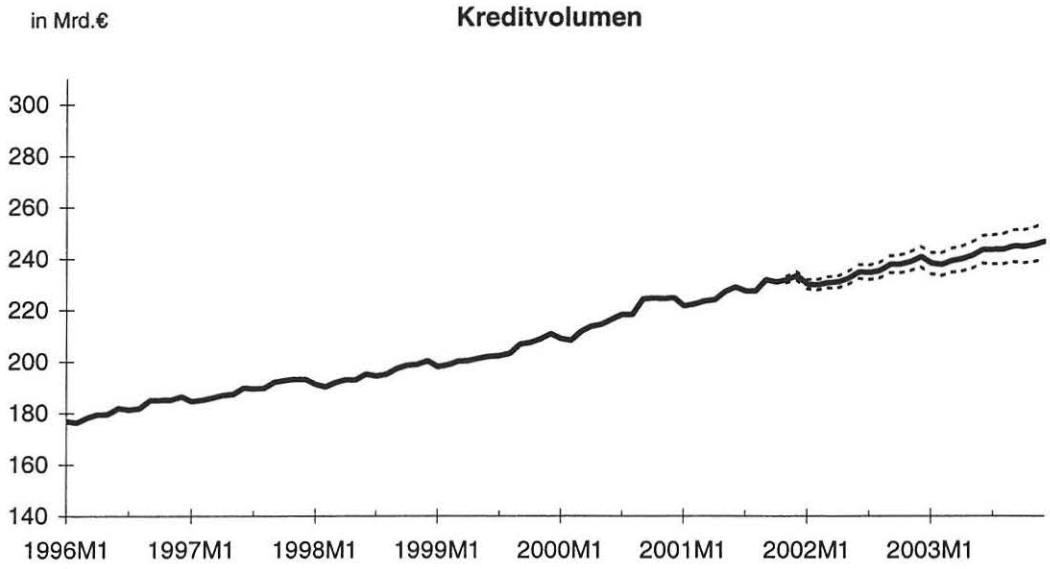
und die damit einhergehende Reduktion an Schilling Bargeldhaltungen zurückgeführt werden. Im darauffolgenden Jahr 2002 sollte die Bargeldmenge im Jahresdurchschnitt bereits wieder um 1.7 % anwachsen, im Jahr 2003 sogar um 9 %. Die Expansion der **Sichteinlagen** wird sich im Jahr 2001 auf leicht abgeschwächtem Niveau bei 8.5 % fortsetzen. Im Jahre 2002 wird es zu einer weiteren leichten Abschwächung des Wachstums auf 7.4 % kommen. Dieser Trend sollte auch im darauffolgenden Jahr 2003 bei einem Wachstum vom 6.3 % im Jahresdurchschnitt anhalten.

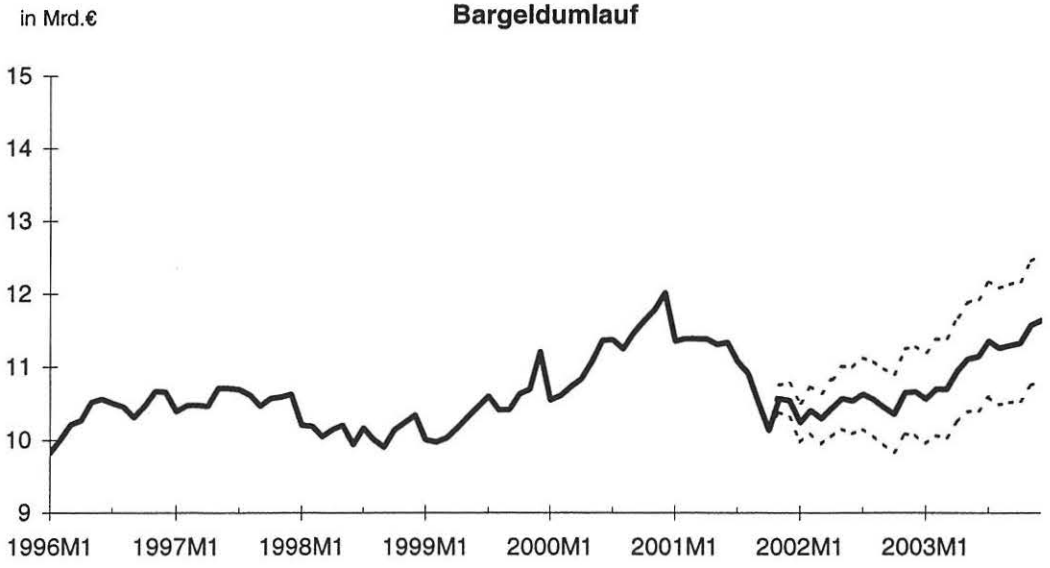
Die seit dem Jahre 1999 zu beobachtende deutliche Expansion der **Geldmenge** (M1) wird sich sowohl im laufenden Jahr 2001 mit 5.8 % als auch im Jahr 2002 auf 4.5 % zurückbilden. Erst im Jahr 2003 wird sich das Wachstum wieder auf ein Niveau von 6.3 % erhöhen. Das Volumen der **Termineinlagen**, welches im Jahr 2000 mit einer Rate von 11.3 % stark gewachsen ist, wird im Jahr 2001 noch einmal um 13.7 % zunehmen. Für das Jahr 2002 wird von einem geringeren Wachstum im Ausmaß von 7.8 % ausgegangen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen ist das Volumen der **Spareinlagen** im Jahre 2000 sowohl nominell als auch real geschrumpft. Für das laufende Jahr 2001 wird von einem geringen nominellen Wachstum in der Höhe von 0.7 % ausgegangen. Im Jahre 2002 wird dann mit einer nominellen, etwas über der Inflationsrate liegenden Zunahme von 2.4 % gerechnet. Zwar ist aus heutiger Sicht für das Jahr 2003 mit einer weiteren Expansion um nominell 1.2 % zu rechnen, in realer Betrachtung schrumpfen die Spareinlagen damit jedoch erneut.

Während das **Kreditvolumen** im Jahre 2000 noch um 6.9 % gewachsen ist, wird für 2001 eine Zunahme von nur mehr 4.7 % prognostiziert. Die abgeschwächte Expansion des Kreditvolumens sollte sich im Jahr 2002 mit 3.1 % fortsetzen. Im darauffolgenden Jahr wird die Wachstumsrate mit 3.4 % annähernd gleich bleiben. Ursächlich hierfür ist nicht nur die konjunkturkonform schwache Kreditnachfrage, sondern auch die Auswirkungen der neuen Basler Eigenkapitalvorschriften, die eine zurückhaltendere Kreditvergabepraxis nach sich ziehen.

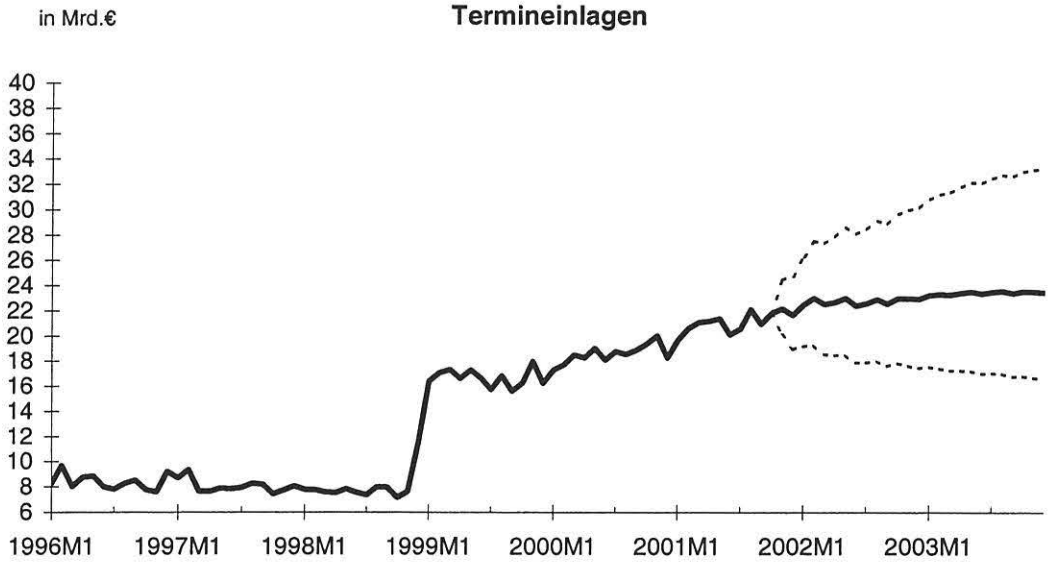
ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /1

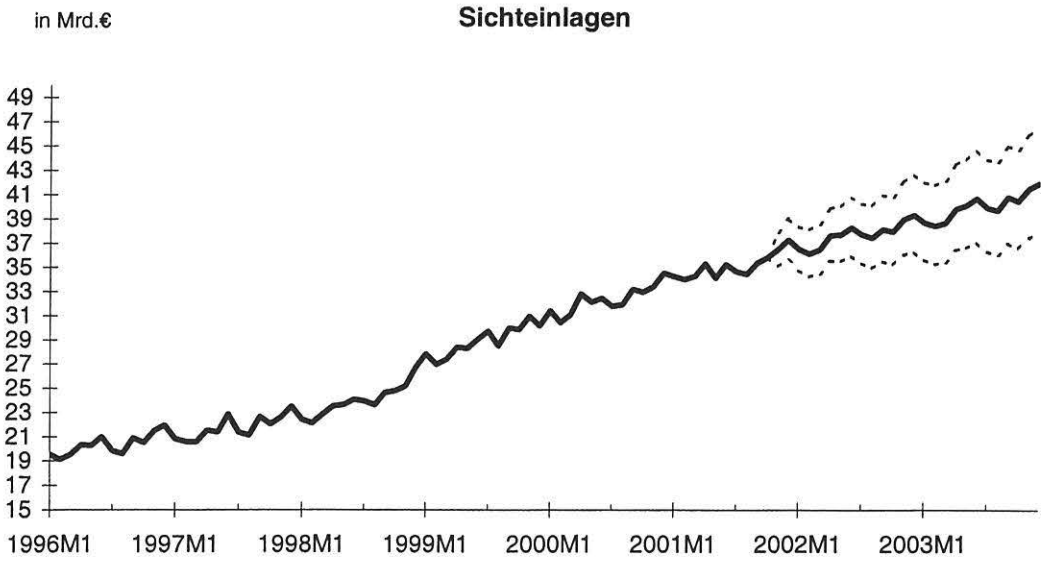




Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE /2





Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Tabellen

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	175,742	178,540	184,827	190,015	195,638	197,951	201,106	205,658
		2,0%	1,6%	3,5%	2,8%	3,0%	1,2%	1,6%	2,3%
GDP$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	178,049	182,490	189,941	196,662	204,847	211,495	218,395	226,263
		3,3%	2,5%	4,1%	3,5%	4,2%	3,2%	3,3%	3,6%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (1995=100)	101,313	102,212	102,767	103,498	104,707	106,842	108,597	110,019
		1,3%	0,9%	0,5%	0,7%	1,2%	2,0%	1,6%	1,3%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	130,750	132,511	133,732	134,484	137,624	141,340	143,842	146,143
		1,9%	1,3%	0,9%	0,6%	2,3%	2,7%	1,8%	1,6%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	31,856	32,356	33,228	34,032	34,907	35,989	37,033	37,810
		1,6%	1,6%	2,7%	2,4%	2,6%	3,1%	2,9%	2,1%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE IN 1000 PERSONEN	2955,750	2968,506	2998,307	3035,535	3064,459	3077,942	3082,559	3097,972
		-0,6%	0,4%	1,0%	1,2%	1,0%	0,4%	0,2%	0,5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF.	7,032	7,095	7,174	6,660	5,839	6,043	6,329	6,046
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,464	0,063	0,079	-0,515	-0,821	0,204	0,286	-0,282
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €)	-4,180	-5,758	-4,685	-6,330	-5,709	-5,242	-4,535	-4,056
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,310	-1,578	1,073	-1,645	0,620	0,467	0,707	0,479

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	PRIVATER KONSUM	1,730	1,151	1,514	1,512	1,383	0,821	0,927	1,092
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	0,063	-0,207	0,050	0,033	0,026	0,018	0,035	0,036
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	0,241	-0,299	0,543	0,427	0,167	-0,143	-0,093	0,000
Var4	INVESTITIONEN	-0,103	0,725	0,865	0,527	0,857	-0,084	0,282	0,631
Var5	AUSRUESTUNGEN	0,467	0,606	0,627	0,434	1,134	0,122	0,276	0,613
Var6	BAUTEN	0,040	-0,140	0,178	-0,088	0,041	-0,282	-0,145	0,118
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	0,003	0,184	-0,240	0,335	0,029	0,000	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	1,930	4,692	3,298	3,823	5,639	1,468	2,277	3,138
Var9	WAREN	1,114	4,096	2,358	2,366	4,254	1,461	1,755	2,404
Var10	DIENSTLEISTUNGEN	0,508	0,019	0,970	0,274	0,823	0,775	0,459	0,671
Var11	IMPORTE I.W.S.	-1,861	-4,655	-2,509	-3,850	-5,143	-0,898	-1,835	-2,632
Var12	WAREN	-1,199	-2,723	-2,276	-2,241	-3,508	-1,121	-1,500	-2,272
Var13	DIENSTLEISTUNGEN	-0,644	-0,149	-0,077	0,006	-0,697	-0,267	-0,237	-0,262
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	2,003	1,592	3,521	2,807	2,959	1,182	1,594	2,264

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	INVESTITIONSQUOTE	23,733	24,074	24,091	23,946	24,089	23,725	23,631	23,725
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,578	0,341	0,017	-0,145	0,144	-0,364	-0,094	0,094
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF.	4,4	4,4	4,5	4,0	3,7	3,9	4,2	4,0
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,5	0,0	0,1	-0,5	-0,3	0,2	0,3	-0,2
Var4	REALZINSSATZ	5,007	4,792	4,117	3,989	4,212	2,911	3,557	4,191
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,370	-0,215	-0,675	-0,129	0,223	-1,301	0,646	0,634
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO	31,245	31,265	31,952	32,491	32,823	32,983	33,366	33,563
	JE AKTIV BESCH.	-0,4%	0,1%	2,2%	1,7%	1,0%	0,5%	1,2%	0,6%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET	5,946	6,014	6,164	6,260	6,384	6,431	6,524	6,638
	JE AKTIV BESCH.	2,6%	1,2%	2,5%	1,5%	2,0%	0,7%	1,4%	1,8%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR	-3,8	-1,9	-2,4	-2,2	-1,1	0,0	0,0	0,0
	IN PROZENT DES BIP	1,3	2,0	-0,5	0,2	1,1	1,1	0,0	0,0
	ABSOLUTE DIFFERENZEN								

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
C$	PRIVATER KONSUM	98,093 5,2%	101,665 3,6%	104,973 3,3%	108,653 3,5%	113,115 4,1%	117,809 4,1%	121,872 3,4%	126,174 3,5%
CNP$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,693 4,9%	3,380 -8,5%	3,503 3,6%	3,619 3,3%	3,720 2,8%	3,858 3,7%	4,006 3,8%	4,160 3,8%
CP$	OEFFENTLICHER KONSUM	36,134 2,6%	35,906 -0,6%	37,249 3,7%	38,672 3,8%	39,740 2,8%	40,231 1,2%	40,590 0,9%	41,321 1,8%
IF$	BRUTTO INVESTITIONEN	42,199 0,7%	44,123 4,6%	46,038 4,3%	47,365 2,9%	49,485 4,5%	49,619 0,3%	50,441 1,7%	52,143 3,4%
IFE$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	16,410 4,7%	17,424 6,2%	18,542 6,4%	19,588 5,6%	21,874 11,7%	21,894 0,1%	22,385 2,2%	23,675 5,8%
IFC$	BAUINVESTITIONEN	25,102 2,6%	25,552 1,8%	26,242 2,7%	26,231 0,0%	26,642 1,6%	26,498 -0,5%	26,508 0,0%	27,107 2,3%
DIF$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,080 0,106	0,238 0,317	-0,687 -0,925	0,050 0,737	0,746 0,696	0,821 0,075	0,821 0,000	0,821 0,000
VD$	INLANDSNACHFRAGE	180,038 3,7%	185,312 2,9%	191,076 3,1%	198,360 3,8%	206,806 4,3%	212,337 2,7%	217,731 2,5%	224,619 3,2%
X$	EXPORTE I.W.S.	67,463 6,4%	76,369 13,2%	82,682 8,3%	89,631 8,4%	102,692 14,6%	107,454 4,6%	113,338 5,5%	121,478 7,2%
M$	IMPORTE I.W.S.	69,452 7,2%	79,191 14,0%	83,818 5,8%	91,329 9,0%	104,651 14,6%	108,296 3,5%	112,673 4,0%	119,834 6,4%
GDP$	B I P ZU MARKTPREISEN	178,049 3,3%	182,490 2,5%	189,941 4,1%	196,662 3,5%	204,847 4,2%	211,495 3,2%	218,395 3,3%	226,263 3,6%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU PREISEN VON 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
C	PRIVATER KONSUM	96,213 3,2%	98,237 2,1%	100,941 2,8%	103,734 2,8%	106,363 2,5%	107,969 1,5%	109,805 1,7%	112,001 2,0%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,629 3,1%	3,265 -10,0%	3,354 2,7%	3,415 1,8%	3,465 1,5%	3,500 1,0%	3,570 2,0%	3,642 2,0%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	35,633 1,2%	35,109 -1,5%	36,078 2,8%	36,868 2,2%	37,186 0,9%	36,907 -0,8%	36,722 -0,5%	36,722 0,0%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	41,708 -0,4%	42,982 3,1%	44,527 3,6%	45,500 2,2%	47,128 3,6%	46,964 -0,3%	47,524 1,2%	48,793 2,7%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	16,483 5,1%	17,549 6,5%	18,669 6,4%	19,472 4,3%	21,627 11,1%	21,865 1,1%	22,411 2,5%	23,644 5,5%
IFC	BAUINVESTITIONEN	24,523 0,3%	24,277 -1,0%	24,594 1,3%	24,431 -0,7%	24,510 0,3%	23,958 -2,3%	23,671 -1,2%	23,907 1,0%
DIF	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,180 0,006	0,144 0,324	-0,285 -0,429	0,334 0,620	0,389 0,055	0,389 0,000	0,389 0,000	0,389 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	177,004 1,9%	179,736 1,5%	184,614 2,7%	189,852 2,8%	194,531 2,5%	195,730 0,6%	198,010 1,2%	201,546 1,8%
X	EXPORTE I.W.S.	66,737 5,2%	74,984 12,4%	80,871 7,9%	87,938 8,7%	98,653 12,2%	101,526 2,9%	106,033 4,4%	112,343 6,0%
M	IMPORTE I.W.S.	67,999 4,9%	76,179 12,0%	80,658 5,9%	87,775 8,8%	97,546 11,1%	99,304 1,8%	102,937 3,7%	108,231 5,1%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	175,742 2,0%	178,540 1,6%	184,827 3,5%	190,015 2,8%	195,638 3,0%	197,951 1,2%	201,106 1,6%	205,658 2,3%

TAB. 4 : PREISINDIZES (1995 = 100)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
PC	PRIVATER KONSUM	101,954 2,0%	103,490 1,5%	103,995 0,5%	104,742 0,7%	106,348 1,5%	109,113 2,6%	110,990 1,7%	112,655 1,5%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	101,404 1,4%	102,272 0,9%	103,246 1,0%	104,894 1,6%	106,869 1,9%	109,006 2,0%	110,532 1,4%	112,522 1,8%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	101,175 1,2%	102,656 1,5%	103,393 0,7%	104,099 0,7%	105,001 0,9%	105,651 0,6%	106,140 0,5%	106,866 0,7%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	99,552 -0,4%	99,287 -0,3%	99,322 0,0%	100,597 1,3%	101,144 0,5%	100,133 -1,0%	99,882 -0,3%	100,132 0,3%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	102,362 2,4%	105,252 2,8%	106,699 1,4%	107,367 0,6%	108,700 1,2%	110,602 1,8%	111,984 1,3%	113,384 1,3%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	101,714 1,7%	103,103 1,4%	103,500 0,4%	104,481 0,9%	106,310 1,7%	108,485 2,0%	109,960 1,4%	111,448 1,4%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,088 1,1%	101,847 0,8%	102,240 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,840 1,7%	106,889 1,0%	108,131 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,137 2,1%	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,055 1,7%	109,458 0,4%	110,721 1,2%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	101,313 1,3%	102,212 0,9%	102,767 0,5%	103,498 0,7%	104,707 1,2%	106,842 2,0%	108,597 1,6%	110,019 1,3%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
XG$	WARENEXPORTE	44,616 5,6%	52,039 16,6%	56,415 8,4%	60,506 7,3%	70,188 16,0%	74,233 5,8%	78,455 5,7%	84,390 7,6%
XSO$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	9,499 14,1%	10,032 5,6%	11,702 16,6%	12,083 3,3%	13,816 14,3%	15,220 10,2%	16,220 6,6%	17,616 8,6%
XST$	REISEVERKEHR	9,835 -0,5%	9,745 -0,9%	10,058 3,2%	10,354 2,9%	10,749 3,8%	11,547 7,4%	12,014 4,0%	12,621 5,1%
XADJ$	EXPORTE ADJUSTMENT	3,513 19,2%	4,553 29,6%	4,507 -1,0%	6,688 48,4%	7,938 18,7%	6,454 -18,7%	6,649 3,0%	6,850 3,0%
X$	EXPORTE I.W.S.	67,463 6,4%	76,369 13,2%	82,682 8,3%	89,631 8,4%	102,692 14,6%	107,454 4,6%	113,338 5,5%	121,478 7,2%
MG$	WARENIMPORTE	49,893 6,6%	55,503 11,2%	59,413 7,0%	63,597 7,0%	72,889 14,6%	76,350 4,7%	79,556 4,2%	85,334 7,3%
MSO$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,557 12,7%	8,936 4,4%	9,796 9,6%	9,995 2,0%	11,230 12,4%	11,798 5,1%	12,516 6,1%	13,277 6,1%
MST$	REISEVERKEHR	8,481 6,6%	8,957 5,6%	8,556 -4,5%	8,623 0,8%	9,210 6,8%	9,742 5,8%	9,987 2,5%	10,288 3,0%
MADJ$	IMPORTE ADJUSTMENT	2,520 3,4%	5,796 130,0%	6,052 4,4%	9,114 50,6%	11,322 24,2%	10,406 -8,1%	10,614 2,0%	10,935 3,0%
M$	IMPORTE I.W.S.	69,452 7,2%	79,191 14,0%	83,818 5,8%	91,329 9,0%	104,651 14,6%	108,296 3,5%	112,673 4,0%	119,834 6,4%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU PREISEN 1995)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
XG	WARENEXPORTE	44,174 4,5%	51,372 16,3%	55,581 8,2%	59,954 7,9%	68,038 13,5%	70,896 4,2%	74,369 4,9%	79,204 6,5%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	9,442 13,4%	9,721 3,0%	11,252 15,8%	11,552 2,7%	12,985 12,4%	14,024 8,0%	14,725 5,0%	15,756 7,0%
XST	REISEVERKEHR	9,643 -2,4%	9,397 -2,5%	9,598 2,1%	9,805 2,2%	9,935 1,3%	10,412 4,8%	10,620 2,0%	10,939 3,0%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	3,478 18,0%	4,494 29,2%	4,441 -1,2%	6,627 49,2%	7,695 16,1%	6,195 -19,5%	6,318 2,0%	6,445 2,0%
X	EXPORTE I.W.S.	66,737 5,2%	74,984 12,4%	80,871 7,9%	87,938 8,7%	98,653 12,2%	101,526 2,9%	106,033 4,4%	112,343 6,0%
MG	WARENIMPORTE	48,867 4,4%	53,652 9,8%	57,716 7,6%	61,859 7,2%	68,526 10,8%	70,719 3,2%	73,689 4,2%	78,258 6,2%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,365 10,1%	8,608 2,9%	9,347 8,6%	9,447 1,1%	10,437 10,5%	10,698 2,5%	11,126 4,0%	11,571 4,0%
MST	REISEVERKEHR	8,299 4,3%	8,316 0,2%	7,715 -7,2%	7,604 -1,4%	7,940 4,4%	8,202 3,3%	8,243 0,5%	8,325 1,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	2,468 1,2%	5,603 127,0%	5,879 4,9%	8,864 50,8%	10,644 20,1%	9,686 -9,0%	9,880 2,0%	10,078 2,0%
M	IMPORTE I.W.S.	67,999 4,9%	76,179 12,0%	80,658 5,9%	87,775 8,8%	97,546 11,1%	99,304 1,8%	102,937 3,7%	108,231 5,1%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
PXG	WARENEXPORTE	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,160 2,2%	104,708 1,5%	105,493 0,8%	106,548 1,0%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,600 0,6%	103,200 2,6%	104,000 0,8%	104,600 0,6%	106,400 1,7%	108,528 2,0%	110,156 1,5%	111,808 1,5%
PXST	REISEVERKEHR	102,000 2,0%	103,700 1,7%	104,800 1,1%	105,600 0,8%	108,200 2,5%	110,905 2,5%	113,123 2,0%	115,386 2,0%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,088 1,1%	101,847 0,8%	102,240 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,840 1,7%	106,889 1,0%	108,131 1,2%
PMG	WARENIMPORTE	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	106,367 3,5%	107,963 1,5%	107,963 0,0%	109,042 1,0%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	102,300 2,3%	103,800 1,5%	104,800 1,0%	105,800 1,0%	107,600 1,7%	110,290 2,5%	112,496 2,0%	114,746 2,0%
PMST	REISEVERKEHR	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,900 3,0%	113,400 2,3%	116,000 2,3%	118,784 2,4%	121,160 2,0%	123,583 2,0%
PM	IMPORTE I.W.S.	102,137 2,1%	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,055 1,7%	109,458 0,4%	110,721 1,2%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	98,973 -1,0%	97,974 -1,0%	98,386 0,4%	97,959 -0,4%	97,028 -1,0%	97,051 0,0%	97,653 0,6%	97,661 0,0%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	96,985 -1,2%	96,985 0,0%	97,713 0,8%	97,713 0,0%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BPG	SALDO GUETER	-5,598	-3,778	-3,289	-3,377	-2,984	-2,517	-1,602	-1,744
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,725	1,821	0,488	-0,088	0,393	0,468	0,915	-0,142
BPST	SALDO REISEVERKEHR	1,354	0,788	1,502	1,731	1,540	1,805	2,027	2,333
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,571	-0,566	0,714	0,228	-0,191	0,265	0,222	0,306
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE	2,147	0,087	0,619	-0,083	-0,493	-0,530	-1,060	-0,745
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,693	-2,060	0,533	-0,702	-0,410	-0,038	-0,530	0,315
BPOP	SALDO EINKOMMEN	-0,715	-1,349	-1,779	-2,698	-2,434	-2,800	-2,600	-2,600
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,026	-0,635	-0,430	-0,919	0,264	-0,366	0,200	0,000
BPTR	SALDO TRANSFERS	-1,368	-1,506	-1,738	-1,902	-1,338	-1,200	-1,300	-1,300
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,113	-0,138	-0,232	-0,165	0,564	0,138	-0,100	0,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-4,180	-5,758	-4,685	-6,330	-5,709	-5,242	-4,535	-4,056
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,310	-1,578	1,073	-1,645	0,620	0,467	0,707	0,479

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT	39,007	43,395	44,128	46,440	51,087	51,205	51,591	52,962
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,401	4,388	0,733	2,311	4,648	0,118	0,386	1,371
Var2	IMPORTQUOTE, GUETER	28,022	30,414	31,280	32,338	35,582	36,100	36,428	37,715
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,859	2,392	0,866	1,059	3,244	0,518	0,328	1,287
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT	37,890	41,848	43,531	45,576	50,131	50,807	51,896	53,689
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,085	3,958	1,682	2,045	4,555	0,676	1,089	1,793
Var4	EXPORTQUOTE, GUETER	25,058	28,516	29,701	30,766	34,264	35,099	35,923	37,297
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,533	3,458	1,185	1,065	3,497	0,836	0,824	1,374
Var5	LEISTUNGSBILANZQUOTE	-2,348	-3,155	-2,466	-3,219	-2,787	-2,479	-2,077	-1,793
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,258	-0,808	0,689	-0,752	0,431	0,309	0,402	0,284

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5279,100 0,1%	5284,200 0,1%	5292,500 0,2%	5303,000 0,2%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,104 -0,1%	70,496 0,6%	70,764 0,4%	70,998 0,3%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3725,172 0,7%	3745,201 0,5%	3765,015 0,5%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3365,395 0,3%	3378,228 0,4%	3390,703 0,4%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS-KRAEFTEANGEBOT	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,777 4,1%	366,973 2,0%	374,312 2,0%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,664 0,5%	376,537 0,5%	378,420 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3350,508 0,7%	3368,664 0,5%	3386,595 0,5%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3077,942 0,4%	3082,559 0,2%	3097,972 0,5%
LENACT	K(U)G-BEZIEHERINNEN UND PRAESENZDIENER	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,2%	70,111 1,2%	72,915 4,0%	83,853 15,0%
UN	ARBEITSLOSE	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	202,455 4,2%	213,189 5,3%	204,770 -3,9%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,043 0,204	6,329 0,286	6,046 -0,282

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
GDP$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	178,049	182,490	189,941	196,662	204,847	211,495	218,395	226,263
		3,3%	2,5%	4,1%	3,5%	4,2%	3,2%	3,3%	3,6%
YWGG$	ARBEITNEHMER-ENTGELT	94,157	96,050	99,628	103,304	106,971	110,772	114,155	117,135
	LT. VGR	1,0%	2,0%	3,7%	3,7%	3,5%	3,6%	3,1%	2,6%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER-	62,223	63,062	66,645	68,174	72,510	74,342	77,068	81,140
	SCHUSS/SELBST.EINK	7,1%	1,3%	5,7%	2,3%	6,4%	2,5%	3,7%	5,3%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN	21,669	23,377	23,667	25,183	25,366	26,381	27,172	27,987
	MINUS SUBVENTIONEN	3,3%	7,9%	1,2%	6,4%	0,7%	4,0%	3,0%	3,0%
YF$	PRIMÄREINKOMMEN	-1,093	-1,156	-1,452	-3,267	-2,884	-2,942	-3,001	-3,061
	AUS DEM AUSLAND, NETTO	-50,6%	5,7%	25,6%	125,0%	-11,7%	2,0%	2,0%	2,0%
DEP$	ABSCHREIBUNGEN	25,193	26,095	27,107	28,166	29,501	30,828	32,215	33,665
	LT. VGR	4,1%	3,6%	3,9%	3,9%	4,7%	4,5%	4,5%	4,5%
Y$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN	151,762	155,239	161,382	165,229	172,462	177,725	183,180	189,537
	ZU MARKTPREISEN	4,0%	2,3%	4,0%	2,4%	4,4%	3,1%	3,1%	3,5%
YT$	LAUFENDE TRANSFERS	-0,833	-0,744	-1,206	-1,059	-0,791	-0,791	-0,791	-0,791
	AUS DEM AUSLAND, NETTO	61,0%	-10,7%	62,1%	-12,2%	-25,3%	0,0%	0,0%	0,0%
NE$	VERFÜGBARES NETTOEINK.	150,929	154,495	160,176	164,170	171,672	176,935	182,389	188,747
	DER VOLKSWIRTSCHAFT	3,8%	2,4%	3,7%	2,5%	4,6%	3,1%	3,1%	3,5%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD € BZW. PROZENT)

		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMUENZEN	10,371 5,6%	10,566 1,9%	10,126 -4,2%	10,409 2,8%	11,222 7,8%	10,989 -2,1%	11,170 1,7%	12,208 9,3%
SI	SICHTEINLAGEN	20,346 14,1%	21,758 6,9%	23,947 10,1%	28,910 20,7%	32,316 11,8%	35,074 8,5%	37,656 7,4%	40,017 6,3%
M1	GELDMENGE M1	30,717 11,1%	32,324 5,2%	34,073 5,4%	39,319 15,4%	43,538 10,7%	46,066 5,8%	48,136 4,5%	51,148 6,3%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	8,412 -4,9%	8,077 -4,0%	7,988 -1,1%	16,692 109,0%	18,584 11,3%	21,136 13,7%	22,783 7,8%	23,451 2,9%
SP	SPAREINLAGEN	112,657 2,4%	115,413 2,4%	117,468 1,8%	120,299 2,4%	119,998 -0,3%	120,778 0,7%	123,642 2,4%	125,072 1,2%
D	EINLAGEVOLUMEN	141,415 3,5%	145,248 2,7%	149,403 2,9%	165,901 11,0%	170,898 3,0%	177,116 3,6%	185,845 4,9%	188,182 1,3%
KV	KREDITVOLUMEN	181,482 6,1%	189,197 4,3%	194,940 3,0%	203,362 4,3%	217,424 6,9%	227,609 4,7%	234,591 3,1%	242,525 3,4%
REU3M	EUROANLEIHEN-RENDITE 3M *	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,530 57,5%	3,926 -13,3%	2,984 -24,0%	3,862 29,4%
REU10J	EUROANLEIHEN-RENDITE 10J *	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,381 14,5%	4,950 -8,0%	5,225 5,6%	5,461 4,5%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE (JAHRESDURCHSCHNITTE)

	1998	1999	2000	2001	2002
USD/EUR	1,114	1,067	0,924	0,896	0,961
		-4,3%	-13,4%	-3,1%	7,3%
GBP/EUR	0,672	0,659	0,609	0,622	0,618
		-2,1%	-7,5%	2,1%	-0,6%
YEN/EUR	145,539	121,386	99,585	108,724	112,564
		-16,6%	-18,0%	9,2%	3,5%
SFR/EUR	1,613	1,601	1,558	1,510	1,498
		-0,8%	-2,7%	-3,1%	-0,8%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Reinhard Koman, Stephan Kossmeier, Elizaveta Krylova, Robert Kunst, Monika Riedel, Ulrich Schuh, Edith Skriner, Andrea Weber

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2001-2003

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 21

Redaktion: Beatrix Pawelczak

© 2001 Institut für Höhere Studien (IHS)
Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)
Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ http://www.ihs.ac.at